

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibundstr. 5

68. Jahrgang

Berlin, den 21. Mai 1930

Nummer 41

Die Erneuerungsfrist für den Postbezug des „Korrespondent“ läuft bis 25. jeden Monats.

Monatlicher Bezugspreis 1 RM. Bestellgebühr 12 Pf. 20 Pf. Postzuschlag für alle nach dem 25. eines Monats ausgegebene Bestellungen.

Kampf um die Arbeitslosenunterstützung

Die Brüning-Regierung beabsichtigt einen starken Ausbau der Arbeitslosenunterstützung und möglichst schnell. Eine neue „Reform“ der Arbeitslosenversicherung soll die Belastung der Reichsfinanzen durch die katastrophale Arbeitslosigkeit möglichst senken. Die Krise des Arbeitsmarktes hat sich in den letzten Monaten weiter vertieft. Anfang Mai waren noch 1 760 000 Unterfüße in der Arbeitslosenversicherung und weitere 320 000 in der Krisenunterstützung. Hingzu kommen etwa 350 000, die als Ausgesteuerte seitens der Gemeinden unterstützt werden müssen. Trotz des Frühjahrs sind zusammen mit den Nichtunterstützten noch mindestens drei Millionen Arbeiter ohne Arbeit. Diese Entwicklung läßt erkennen, daß der Voranschlag der Reichsanstalt, der für 1930 mit einem Jahresdurchschnitt von 1,2 Millionen zu unterstützender Arbeitsloser rechnete, nicht haltbar ist. Die Zahl dürfte auch um etwa 300 000 höher liegen. Die bereits für den aufgestellten Etat hart umstrittene Kostenbedeckung, die bei 3 1/2 Proz. Beitrag im Zuschuß von 250 Millionen Mark aus öffentlichen Mitteln nötig macht, wird damit noch schwieriger. Würde wirklich der Rechnung statt der Durchschnittszahl von 1,2 tatsächlich 1,5 Millionen zu Unterstühenden zugrunde gelegt werden müssen, so erhöht sich das Defizit der Anstalt im Haushaltsjahr 1930 um weitere 300 Millionen Mark. Die Reichsregierung ist so mehr in großer Bedrängnis, als ihre Liebesgabenpolitik an die Landwirtschaft, die Osthilfe u. a. die Bereitstellung unwahrscheinlicher großer Mittel fordert. Um so entschlossener betreibt sie daher den Raub an den Arbeitslosen.

Für diese Aktion sucht die Reichsregierung nach einem „Gutachten“, das die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung in der Öffentlichkeit rechtfertigen soll. Gestützt auf das Gesetz vom 14. April 1930, das den Vorstand der Reichsanstalt verpflichtet, der Regierung Vorschläge zur „Reform des Gesetzes“ zu unterbreiten, „um den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt zu erleichtern“, hat sie daher vom Vorstand der Reichsanstalt ein „Gutachten“ angefordert. Die freien Gewerkschaften haben stets dem Vorstand der Reichsanstalt solche Aufgabe bestritten. Als Selbstverwaltungspersonschaft hat er seine Verwaltungsaufgaben innerhalb des vom Gesetz gezogenen Rahmens bestmöglich und sparsamst durchzuführen. Jeder Versuch, von sich aus die Grundlagen des Gesetzes zu beeinflussen, insbesondere den Versicherungskreis und Höhe, Dauer und Durchführung der Leistungen zu bestimmen, führt ihn zwangsläufig in die Politik und in den Interessentenkampf. Die Unternehmer sind zwar anderer Meinung. Sie möchten den Streit um das Ausmaß der Versicherungsleistung „entpolitizieren“, d. h. ihn der Entscheidung des Parlaments entziehen und die Entscheidung in den der öffentlichen Kontrolle und der politischen Verantwortung entziehen. Die Arbeitgeber sind zwar hier ihr Einfluß infolge der Drittelung in der Vertretung (je ein Drittel Vertreter der Arbeiter, Unternehmer und öffentlichen Körperschaften) kompakter und ungleich größer, als in Parlament. Aber auch ein bloßes Gutachten des Vorstandes muß notwendigerweise zur politischen Aktion werden, wenn es über eigentliche Verwaltungsmaßnahmen hinaus „gutachten“ den Umfang und die Höhe der Leistungen bestimmen soll. Dieses Maß entscheidet nicht ein aus der Vorstandstätigkeit entspringender besonderer Sachverstand, sondern es handelt sich um einen nur mit politischen Mitteln zu entscheidenden sozialpolitischen Kampf, eben um den Streit, inwieweit von Arbeitslosen die Not abgewehrt werden soll und kann.

Eine Entscheidung im Vorstand der Reichsanstalt wird auch zur politischen Aktion mit ungleich verteilten Kräften, weil die 5 Arbeitervertreter unter 16 Vorstandsmittgliedern aufgespalten sind unter die freien, christlichen und

kirchlich-dunkleren Gewerkschaften, so daß die freien Gewerkschaften als Sachverwalter von mehr als 5 Millionen organisierten Arbeitnehmern nur 3 Stimmen haben.

Der Vorstand hat in den letzten Tagen trotzdem die Beratungen durchgeführt. Wenn sich die Vertreter der freien Gewerkschaften trotz ihrer grundsätzlichen Ablehnung an den Beratungen beteiligten, so nur, weil sie jede Gelegenheit benutzen mußten, den Unterstühungsabbau zu bekämpfen und um konkrete Vorschläge zu machen, wie bei Aufrechterhaltung der Leistungen die Kostenbedeckung auch in der Zeit einer abnormen Arbeitslosigkeit ohne ernste Gefährdung der Reichsfinanzen durchgeführt werden kann. Ihre Vorschläge enthielten im wesentlichen folgendes:

Kein Abbau der Leistungen. — Erhöhung des Beitrages auf 4 Proz. Grundfähliche Beteiligung des Reiches an der Kostenbedeckung entweder durch Drittelung des Beitrages dergestalt, daß das Reich laufend 1 1/2 Proz. des Lohnes der zu Versicherenden leistet, oder, aber die laufende Zahlung eines bestimmten Pauschalbetrages für jeden einzelnen Unterstühungsfall. — Einhebung eines allgemeinen Notopfers als Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer für alle „Höherverdienenden“. Letzteres soll die für 1930 zu erwartenden Zuschüsse des Reiches decken. — Aufhebung der Ausnahmebehandlung der Landwirtschaft durch Verzicht auf die Versicherungsfreiheit für landwirtschaftliche Arbeiter. — Die finanzielle Auswirkung dieser Beschlüsse würde die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung auch dann sichern, wenn wirklich durchschnittlich 1,5 Millionen Versicherte unterstützt werden müssen, ohne daß ein Abbau der Leistungen notwendig wäre. Weiter wurde vorgeschlagen: Einliche Einführung der Meldepflicht für offene Stellen, um die Arbeitsvermittlung der Arbeitsämter auszubauen. — „Verbesserung des neuen § 89a, der eine unerträgliche Ausschaltung von Arbeitslosen darstellt. — Abänderung des neuen § 107c dahingehend, daß die sogenannten „Benachteiligten“ nicht unter die einschränkende Bestimmung fallen. — Verbesserung betr. das Arbeitsverhältnis der Saisonarbeiter. — Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle, insbesondere auch auf die hausgewerblichen Berufe, wobei die Bezugsdauer der Krisenunterstützung auf die Dauer der Arbeitslosigkeit erstreckt werden soll.

Diesen Anträgen der freien Gewerkschaften fanden von vornherein die auf den Leistungsabbau gerichteten Vorschläge des Präsidenten der Reichsanstalt, der Unternehmer und einiger Ländervertreter gegenüber. Sparen um jeden Preis, mag auch höchstes soziales Unrecht geschehen! Es ist bezeichnend, daß unter diesen Sachverständigen nicht die die Öffentlichkeit alarmierenden Klagen über Mißbrauch laut wurden, weil man weiß, daß genügend weitgehende Verwaltungsmaßnahmen einem „Mißbrauch“ begegnen können. Dafür bemühte man sich nachzuweisen, daß die Versicherung überspannt sei, daß Leistung und Beitrag nicht im Einklang zueinander stehen. Alle Hinweise, daß nicht die Versicherung als solche falsch fundiert, sondern daß die Last der großen Belastung einzig in der katastrophalen Lage des Arbeitsmarktes zu suchen ist, verfielen insbesondere bei den Unternehmern nichts. Im Vordergrund der Debatte stand daher der aus den Verhandlungen des früheren Sachverständigenausschusses bekannte, von dem damaligen Zentrumsvizepräsidenten aufgestellte Grundgedanke (der bezeichnenderweise auch heute noch den Namen „Zuschußkiesener“ führt), wonach die volle Unterstühung nur solche Arbeitslose erhalten sollen, die mindestens eine durch Unterstühungsbezug nicht unterbrochene Anwartschaft von 52 Arbeitswochen haben, während eine kürzere Anwartschaft nur zu einer Teilunterstühung berechtigen soll. Daneben lagen Anträge vor, die das Verlangen der Unterstühung an Jugendliche und über fünfundsiebzigjährige, Änderung bezüglich der Anwartschaften, grundsätzlichen Unterstühungsausfalls bei freiwilliger Arbeitsaufnahme und andre Verschlechterungen forderten.

Die Verhandlungen gestalteten sich äußerst schwierig und drohten mehr als einmal zu scheitern. Das Gesamtergebnis ist, wie bei der Zusammenfassung des Vorstandes vorausgesehen war, für die Versicherten unerträglich, denn es bringt einen Leistungsabbau, der die große Masse der Arbeitslosen erfassen wird.

Im Vordergrund stand der Kampf um die Teilunterstühung der Arbeitslosen mit kürzerer als 52wöchiger Anwartschaft und die Beitragsfrage. Der Präsident hatte den Vorschlag gemacht: zur Zeit den Beitrag auf 4 Proz. zu erhöhen, zugleich aber während der Zeit eines 4pro-

zentigen Beitrages allen Versicherten ohne 52wöchige Anwartschaft die Unterstühung auf die Krisenstufe zu beschränken. Die Arbeitgeber stimmten diesem zu, wollten aber darüber hinaus noch für die Saisonarbeiter eine wesentlich verlängerte Wartzeit. Der Vertreter des Preussischen Wohlfahrtsministeriums wollte eine dauernde Senkung auf die Krisenstufe, Der Vertreter der christlichen Gewerkschaften lehnte zunächst die Beschränkung in der Unterstühungshöhe ab und wollte dafür eine gestaffelte Verminderung der Unterstühungsdauer. Damit sollte zugleich die besondere Regelung der Saisonarbeiterunterstühung verschwinden. — Die Beitragsregelung lehnten sowohl Unternehmer wie Arbeiter ab. Die freien Gewerkschaften waren wohl bereit, für 4 Proz. zu stimmen, jedoch nur, wenn die Unterstühungen keinerlei Abstriche erführen. Die Folge war zunächst eine Ablehnung aller diesbezüglichen Anträge. Nach einem langwierigen Schachern zwischen Unternehmern, Vertretern der christlichen und der kirchlich-dunkleren Gewerkschaften und den Vertretern der öffentlichen Körperschaften kam folgendes Kompromiß zustande, das vom Vertreter des Preussischen Wohlfahrtsministeriums eingebracht wurde: Für alle Versicherten mit geringerer als 52wöchiger Anwartschaft sollen die Krisenstufe gegahlt werden (diese Regelung ist als dauernd gedacht, nicht, wie im Vorschlag des Präsidenten zum Ausdruck kam, nur für die Zeit eines 4prozentigen Beitrages). Die Familienzuschläge sollen nach der eigentlichen Lohnklasse bemessen werden. Die Sonderregelung für Saisonarbeiter fällt fort und es wird ein 4prozentiger Beitrag erhoben. Dieser Vorschlag wurde nun mit 10 gegen 6 Stimmen angenommen. Obwohl er auch die Beitrags-erhöhung vorah, stimmten drei der Arbeitgeber für ihn, ebenso vier Vertreter der öffentlichen Körperschaften, die Vertreter der christlichen und der kirchlich-dunkleren Gewerkschaften und der Präsident.

Um die Ungeuerlichkeit dieses Beschlusses voll zu erfassen, muß man sich vergegenwärtigen, daß ein außerordentlich großer Teil der deutschen Arbeiter überhaupt nicht mehr in Dauerstellungen kommt. Immer mehr wird das einzelne Arbeitsverhältnis ein kurzfristiges. Selbst in der Landwirtschaft zeigen sich immer mehr Arbeitsunterbrechungen. Die Folge wird also sein, daß alle diese Versicherten, die nicht das Glück haben, eine länger dauernde Beschäftigung zu finden, künftig unter die einschränkenden Bestimmungen fallen, und das wird mit der Zeit der größte Teil der deutschen Arbeiter sein. Vergeblich war jedes Bemühen, nachzuweisen, daß diese Verschlechterung in höchstem Grade unsozial ist, weil sie gerade benutzenden Arbeitslosen, der durch die Angunst des Arbeitsmarktes nur kurzfristig beschäftigt wird, der immer wieder Perioden der Arbeitslosigkeit durchmachen muß, also den Unglücklichsten trifft. Den Einwand, daß man denjenigen, der mehr Beiträge leistet, der weniger oft Unterstühung in Anspruch nimmt, bevorzugen müsse, haben wir stets mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Die christlichen Gewerkschaften haben sich leider unter dem Vorwand, daß man die Grundlagen einer „Versicherung“ beachten müsse, schon bei den früheren Verhandlungen zu diesen unsozialen Grundgedanken bekannt. So auch jetzt. Sie wollen insbesondere damit erreichen, daß eine Sonderregelung für Saisonarbeiter überflüssig gemacht wird. Da ja gerade der Saisonarbeiter keine 52 hintereinanderliegende Beschäftigungswochen aufweisen kann, fällt er naturgemäß fast immer unter diese einschränkende Bestimmung. Den Massen wird aber nicht gesagt, daß die besondere Saisonarbeiterunterstühung sich bisher nur auf einen Teil des Jahres, nämlich auf 3 bis 4 Monate erstreckt und daß auch die Saisonarbeiter in den übrigen Monaten des Jahres Anspruch auf die volle Unterstühung haben. Sie werden jetzt während des ganzen Jahres nur die Krisenstufe beziehen können, und um eine „Gerechtigkeit!“ heraufzufen, erstreckt man diese Regelung auch auf alle arbeitslosen Arbeiter. Es ist also nichts wie Schaumsträgererei, wenn die christlichen Gewerkschaften behaupten, diese Regelung löse das Saisonarbeiterproblem und stelle eine höhere Gerechtigkeit dar. In Wirklichkeit ist sie viel unsozialer als die bisherige Saisonarbeiterregelung.

Obendrein ist ein Vorschlag angenommen, wonach die Arbeiter und Unternehmer der Berufe, die durch die Ver-ordnung als sogenannte Saisonberufe anerkannt sind, einen Zuschlag zu dem allgemeinen Beitrag leisten sollen. Diese Zuschläge sollen so bemessen werden, daß sie zusammen mit dem ordentlichen Beitrag mindestens zwei Drittel des Unterstühungsaufwandes der Saisonarbeiter

decken, und zwar den Aufwand, der während der Zeit der „berufsmäßigen Arbeitslosigkeit“ entsteht. Auch hier wieder ein Entgegengesetztes an die Landwirtschaft. Sie soll von dieser Ausnahmebestimmung ausgeschlossen bleiben. Den Angehörigen von Saisonberufen wird die Unterfertigung für das ganze Jahr verschleudert. Dafür sollen sie vielfach höhere Beiträge zahlen. Nur die drei freigewerkschaftlichen Stimmen wandten sich gegen diesen unerhörten Antrag.

Mit 8 zu 8 Stimmen wurde beschlossen, daß Arbeitslose bis zum 17. Lebensjahr nur dann Unterfertigung beziehen sollen, wenn sie keinen familienrechtlichcn Unterhaltsanspruch haben. Die Unternehmer hatten als Grenze das 20. Lebensjahr gefordert. Daß auch diese Bestimmung im höchsten Grade unsozial ist, brauchen wir an dieser Stelle nicht zu beweisen. Man braucht nur erinnern, daß der Verdienst des Jugendlichen unter 17 Jahren vielfach für die Familie eine glatte Notwendigkeit ist, daß sie gerade auf diesen Verdienst sich weitgehend aufbaut. Man braucht dabei nicht einmal besonders schwierige Sonderverhältnisse im Auge haben. Obendrein würde rein finanziell eine solche Regelung in den nächsten Jahren kaum ins Gewicht fallen, weil der Zufluß an Jugendlichen erheblich nachläßt. Es ist eine Maßnahme, die als höchst ungerecht nur maßlose Enttarnung erzeugen muß.

Gleichfalls mit 8 zu 8 Stimmen wurde beschlossen, daß für Arbeitslose, die das 65. Lebensjahr überschritten haben, der Unterfertigungsanspruch erlischt. Sie sollen den Arbeitgeberbeitrag, der seit der letzten Unterfertigung geleistet wurde, zurückzahlen können, jedoch nicht mehr als höchstens 100 M. Wer bedingt, in welsch starkem Maße auch heute noch über fünfundsiebzigjährige dank der geringen Altersversorgung im Arbeitsprozess stehen müssen, wird diesen Beschluß als unsozial und ungerecht mit aller Entschiedenheit ablehnen müssen. Von ihm würden hundertaufende ältere Arbeiter schwer betroffen.

Wenn zwei Ehegatten zugleich Unterfertigung beziehen, so soll die eine dieser Unterfertigungen um die Hälfte gekürzt werden, und zwar die niedrigste. Dieses soll nicht gelten, wenn die Ehegatten Kinder unter 14 Jahren oder arbeitslose Kinder unter 17 Jahren zu versorgen haben. Dieser Antrag wurde unter Mitwirkung der Vertreter der christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften mit 12 gegen 4 Stimmen angenommen. Auch hier ist die innere Berechtigung einer solchen Maßnahme nicht anzuerkennen. Es braucht nur verwiesen werden auf die zahlreichen Fälle, wo der niedere Lohn (Textilindustrie, Tabakgewerbe usw.) Mann und Frau verpflichtet, gemeinsam tätig zu sein.

Beschlossen wurde eine Verschlechterung in der bisherigen Anwartschaftsberechnung zwischen Krisen- und ordentlicher Unterfertigung.

„Geringsfügige Beschäftigungen“ (das sind nach dem Gesetz solche, die weniger als 24 Stunden in der Woche dauern, oder für die nicht mehr als 8 M. wöchentlichcr Verdienst erzielt wird) sollen künftig grundsätzlichsicherungslos sein, während sie bisher nur dann versicherungsfrei waren, wenn der betreffende Arbeiter nicht „berufsmäßig überwiegend“ Arbeiter war. Das würde bedeuten, daß künftig zahlreiche Arbeiter (Heimarbeiterinnen, Marktfrauen, Zeitungsträgerinnen usw.), die vom Ertrag ihrer Arbeit leben müssen, von der Versicherung ausgeschlossen und im Falle der Arbeitslosigkeit an die Wohlfahrtspflege verwiesen würden.

Mit 8 gegen 7 Stimmen wurde beschlossen, daß den Verwaltungsausschüssen das Recht zuzustehen soll, Richtlinien zu dem § 89a zu erlassen. Der Antrag der freien Gewerkschaften, dem § 89a eine bestimmtere Formulierung zu geben, wonach nur solche Arbeitslose von der Unterfertigung ausgeschlossen werden, die wirklich während der Dauer ihrer Arbeitslosigkeit den erforderlichen Lebensunterhalt durch selbständige Arbeit erwerben, wurde abgelehnt, ebenso der Antrag, den § 89a ganz zu streichen.

Soweit die wesentlichen, auf Verschlechterung gerichteten Beschlüsse. Eine Reihe noch weitergehender Vorschläge der Unternehmer konnte abgewehrt werden.

Beschlossen wurde weiter, vorzuschlagen, daß künftig auch landförmige Gebiete versicherungspflichtig sein soll, soweit es nicht einen Arbeitsvertrag von mindestens einem Jahre oder mit 2wöchiger Kündigung hat.

Gegen die Stimmen der Unternehmer wurde beschlossen, daß der § 107c sich künftig nur auf die eigentlichen „Wanderarbeiter“ erstrecken soll und daß die sogenannten „Pendelarbeiter“ nicht unter die einschränkenden Bestimmungen fallen.

Mit 8 gegen 7 Stimmen wurde auf Antrag der freien Gewerkschaften beschlossen, daß die Krisenunterfertigung sich auf alle, insbesondere auch auf die baugewerblichen Berufe erstrecken und daß die Bezugsdauer der Krisenunterfertigung die Dauer der Arbeitslosigkeit umfassen müsse.

Des ferneren wird vorgeschlagen, das bisherige Gemeindefunktel der Krisenfürsorge auch durch das Reich tragen zu lassen.

Die Anträge der Gewerkschaften, endlich die Meldepflicht der offenen Stellen einzuführen, wie überhaupt den Unternehmer stärker an die öffentliche Arbeitsvermittlung zu binden, wurden, wie vorauszuversetzen war, abgelehnt.

Bezüglich der Deckung der gerade infolge der sich verschärfenden Arbeitslosigkeit besonders bösen Finanzlage, die das Reich zu erheblichen Zuschüssen oder Darlehen zwingt, hatten die freien Gewerkschaften beantragt, dem Reich die Erhebung eines allgemeinen Notopfers, das alle Einkommen der Höherverdienenden erfassen sollte, vorzuschlagen. Gegen eine Beschlußfassung wehrten sich fast alle übrigen Mitglieder, weil es angeht nicht zur Kompetenz des Vorstandes gehöre, dem Reich Deckungsvorschläge zu machen. In Wirklichkeit war das Motiv, zu ver-

hindern, daß etwa das von den Gewerkschaften geforderte allgemeine Notopfer an dieser Stelle Unterfertigung fand. Heute sei nur gesagt, daß die freien Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit die Durchführung dieser Beschlüsse bekämpfen werden. Die nächste Session wird der Reichstag sein. Niemand verkennt die angelegte der deutschen Finanzlage schwierige Situation. Aber die Vertreter der freien Gewerkschaften haben Wege gewiesen, wie die Situation zu überwinden ist, ohne daß gerade dem schwächsten Teil der deutschen Bevölkerung, nämlich ihren Arbeitslosen, ihre ohnehin targa Bezüge gekürzt werden.

Lehren einer amtlichen Arbeitslosenstatistik

„Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt.“ So bestimmt Artikel 163 Abs. 2 der deutschen Reichsverfassung, die nun fast elf Jahre in Kraft ist. Der Deutsche hat also einen verfassungsrechtlich verbrieften Anspruch auf den notwendigen Unterhalt, auch wenn ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann.

Aber wie kann man unterstützt durch die Syndici, die ihre wissenschaftliche Erkenntnis durch bessere Überzeugung gegen gut Geld verkaufen, pfeifen die Unternehmer nicht nur der Großbetriebe, sondern auch die „Krauter“ auf jene Verfassungsbestimmung und schmähden die vom Verhältnis der Arbeitslosigkeit Betroffenen aufs eifrigste, obwohl sie selbst erst die Massenarbeitslosigkeit durch die Verteilung und Erhaltung der planlosen kapitalistischen Produktionsweise hervorgerufen, die beständig teilweise und allgemeine Geschäftsstodungen nach sich ziehen muß. Durch die famose Rationalisierung wurden und werden immer neue Zehntausende aufs Pflaster geworfen, durch standhafteste Warenverwertung und Kaufkraft der Konjunktur und damit der Verbrauch und die Produktion eingekürzt, aber maßlos sind die Angriffe, die gegen die Opfer dieser hinverbrannten Wirtschaftsmethode geschleudert werden. Moralische Verkommenheit und Rentenlust statt Arbeitswille sind nach den Behauptungen der ganzen ehrenwerten Schmähdgesellschaft die wesentlichen Eigenschaften der darbenenden Arbeitslosen.

Dieser geradezu zur Gewohnheit gewordenen Giftmischerei wird jetzt das Rezept gründlich verbodren. Untern 15. März 1929 als Stichtag war auf Anordnung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung eine amtliche statistische Erhebung erfolgt, deren Schlusergebnisse erst kürzlich in Nr. 5 des „Reichsarbeitsblattes“ veröffentlicht wurden. Es ist jammerlich, daß die in der Hauptstelle der Reichsanstalt bearbeiteten Ergebnisse nicht ein halbes Jahr früher zum Abschluß gebracht werden konnten. Den schimpflichen Angriffen gegen die Arbeitererschaft ganz Deutschlands wäre in den eingehenden Körperkassen in mancher Richtung nachdrücklicher zu begegnen gewesen, als es so im Herbst v. J. geschehen konnte. Für die Arbeiterpresse kommt aber das in der amtlichen Veröffentlichung gebotene Material immer noch zeitig genug, um den Grabhüchneidern eins auf den Kopf zu geben.

An dem genannten Stichtag waren in der Arbeitslosenversicherung rund 2 Millionen Hauptunterfertigungsempfänger vorhanden, unter denen sich 1.527.992 Arbeitslose befanden, deren „Arbeitslosigkeitsjahr“ innerhalb des letzten Jahres vor ihrer Arbeitslosmeldung genau festgelegt werden konnte, nicht nur nach ihrem Alter und der Lohnklassenlieberung, sondern auch nach ihrer vor der Arbeitslosmeldung liegenden Beschäftigungsdauer. Am die „Faulengerei“ wenigstens andeutungsweise gleich vorweg zu nehmen, mag schon jetzt festgestellt sein, daß sich unter den 1.527.992 Arbeitslosen beiderlei Geschlechts nicht weniger als 1.450.990 Personen befanden, die während des ganzen Jahres 26 bis 52 Wochen lang und zum Teil schon vorher unbestimmte Zeit länger ihre Arbeitskraft den Herren Unternehmern zur gefälligen Profitmaximierung zur Verfügung gestellt hatten. Unter den 1½ Millionen waren 904.444, die im letzten Jahre länger als 39 Wochen und 394.274, die ein volles Jahr und länger als Lohnklassen geschäftig hatten. Unter der letzteren Kategorie befanden sich 21.205, die über 60 Jahre, und 9604, die über 65 Jahre alt waren, und die nun auf der Straße Betrachtungen über das dankbare und menschenfreundliche Unternehmertum anstellen konnten.

Wir geben zunächst ein Bild, wie sich die 1½ Millionen Arbeitslosen, deren Arbeitslosigkeitsjahr in den ihrer Arbeitslosmeldung vorangehenden 12 Monaten festgelegt werden konnte, auf die einzelnen Lohnklassen verteilen, wobei wir insbesondere hervorheben, wie viele von ihnen in diesem Jahre Arbeitslosenunterstützung überhaupt nicht bezogen haben.

Lohnklasse	Arbeitslosigkeitsjahr	Unterfertigung empfangen	Arbeitslosigkeitsjahr	Arbeitslosigkeitsjahr	Arbeitslosigkeitsjahr	Arbeitslosigkeitsjahr	Arbeitslosigkeitsjahr
I	10-14	8	75	80	23.900	44,4	21.156
II	14-18	12	66	80	29.832	42,7	32.282
III	18-24	16	55	75	63.415	42,1	50.487
IV	24-30	21	47	72	132.759	42,1	103.765
V	30-36	27	40	65	172.695	41,5	125.633
VI	36-42	33	40	65	218.940	40,9	142.669
VII	42-48	39	37	60	213.740	40,7	130.661
VIII	48-54	45	35	60	235.564	41,0	119.073
IX	54-60	51	35	60	168.837	41,2	95.468
X	60 u. m.	57	35	60	123.932	41,7	71.663
XI	60 u. m.	63	35	60	165.312	41,7	96.242
Ermittelte Lohnklassen					1.527.992	41,4	988.827

Von allen am 15. März 1929 vorhandenen Hauptunterfertigungsempfängern, die mindestens ein Jahr vor der Arbeitslosmeldung zurückverfolgt werden konnten, arbeiteten 3,1 Proz. nur 26 Wochen, aber 27,2 volle 52 Wochen Innerhalb der einzelnen Lohnklassen ist folgendes zu bemerken: In den niederen Lohnklassen ist der Anteil der Arbeitslosen an der Gruppe, die während des ganzen Jahres vor der Arbeitslosmeldung beschäftigt war, erheblich größer als bei den in den hohen und höchsten Lohnklassen Unterfertigten. Mit steigender Lohnklasse wurde die Beschäftigung, die das ganze Jahr hindurch währte, immer seltener, und die Empfänger höherer Löhne haben vor Eintritt ihrer Arbeitslosigkeit im Durchschnitt kürzer gearbeitet als diejenigen mit geringerem Lohnemkommen.

Wie aus der ersten Tabelle hervorgeht, waren unter den 1½ Millionen Arbeitslosen, deren Arbeitslosigkeitsjahr auf ein Jahr vor der Arbeitslosmeldung zurück verfolgt werden konnte, nur 539.165 bereits im Vorjahre Unterfertigte. Sie hatten Unterfertigung erhalten:

Lohnklasse	von 13 Wochen	von 13-25 Wochen	26 Wochen	über 26-39 Wochen	über 39 Wochen	Insgesamt
I	1.533	1.169	27	12	3	2.744
II	3.963	3.847	53	25	2	6.950
III	6.669	6.124	83	43	9	12.928
IV	16.066	12.607	173	134	17	28.991
V	25.374	21.159	283	203	23	47.042
VI	40.223	33.076	571	377	43	73.711
VII	45.215	37.401	638	388	38	83.680
VIII	48.596	37.112	365	377	41	86.491
IX	43.829	28.970	298	247	25	73.369
X	32.200	19.104	150	169	6	51.629
XI	44.653	24.005	211	180	16	69.070
alle Lohnkl.	307.917	226.034	2.860	2.151	203	539.165

Betrachtet man das Verhältnis zwischen früherer Inanspruchnahme der Unterfertigung und dem Arbeitslohn vor der Arbeitslosigkeit, so ergibt sich, daß in den höheren Lohnklassen die Unterfertigung von einer erheblich größeren Zahl in Anspruch genommen wurde als in den niederen Lohnklassen. In der Lohnklasse I haben nur 11,5 Proz. aller Unterfertigten im Jahre vor der Arbeitslosmeldung die Unterfertigung in Anspruch genommen, in der Lohnklasse XI dagegen 41,8 Proz. Es ist hiernach festzustellen, daß die Arbeitslosenunterfertigung durch höher Entlohnung erheblich stärker in Anspruch genommen werden mußte als durch niedriger Entlohnung. In dieser Hinsicht offenbart sich die ganze profitorientierte Grundeinstellung der kapitalistischen Produktion. Je erfolgreicher eine Arbeiterkategorie auf menschenwürdige Entlohnung beharrt, um so profitabler ist für den Kapitalismus die „Rationalisierung“; je erbärmlicher die Löhne sind, mit denen sich die Arbeiterschaft abgeben läßt, um so sicherer kann sie auf dauernde Ausbeutung ihrer Arbeitskraft rechnen. Fürwahr, ein herrlicher Kulturzustand!

Die ganze Statistik und ihre Ergebnisse sind natürlich dem Unternehmertum höchst unangenehm; die Arbeitermetropole schweigt sie einfach tot. Das war früher auch schon so; von Arbeitslosenstatistiken, die die Behörden mit der Nase auf die Kollage des Volkes stoßen mußten, haben die Unternehmer niemals etwas wissen wollen. Aus Gewerkschaftskreisen kommende Anregungen wurden abgelehnt, und wo Arbeiter solche Aufnahmen selbst ins Werk setzten wollten, wurden sie für zwecklos erklärt. In Dresden brachte es die Polizeibehörde unter Billigung des Ministeriums des Innern noch im Jahre 1893 fertig, die Aufnahme einer Arbeitslosenstatistik einfach zu verbieten. Weil durch dieselbe „nur das Publikum belästigt würde!“ Um so mehr Veranlassung haben die Arbeiter, die Ergebnisse der amtlichen Statistik im Kampfe um kulturellen Fortschritt auszunutzen!

Die Verteilung der deutschen Steuerlast

Im Steuerjahr 1929, das vom 1. April 1929 bis zum 31. März 1930 reichte, zog das Reich an Steuern, Zöllen und Verbrauchsabgaben rund 9 Milliarden Mark ein. Diese Summe entspricht genau dem achten Teil des gesamten deutschen Volkseinkommens, das für das Jahr 1929 vom Institut für Konjunkturforschung auf 72 Milliarden Reichsmark geschätzt wird. Wir sehen also, es handelt sich um eine riesige Summe, die das Reich für seine Zwecke beanprucht. Hier soll uns die Bedeutung der Verteilung bei der Aufbringung dieser 9 Milliarden näher beschäftigen, obgleich die Art ihrer Verwendung, also die Ausgabenseite des Reichsetats, für die Volksgesamtheit von ebenso lebenswichtigem Interesse ist wie die Art ihrer Aufbringung. Eine Betrachtung darüber sei künftigen Erörterungen vorbehalten. Hier steht nur die Einnahmeseite des Reichshaushaltes zur Debatte.

Das Reich hat neben den Steuern, Zöllen und Verbrauchsabgaben noch andre Einnahmequellen, die aber im Vergleich zu den erstgenannten drei Posten kaum ins Gewicht fallen. Es sind das die Verwaltungsvergütungen, die Dividenden für Reichsbahnvorszugsaktien und Reichsbankanteile, deren Besitzer das Reich ist, Differenzgewinne bei der Münzprägung, da die Silbermünzen nicht den Silberwert repräsentieren, der ihnen aufgedruckt ist, und einige andre, allerdings recht unwesentliche Posten. Aber all diese Einnahmequellen erbringen nicht viel, im Reichsetat 1929 waren die daraus fließenden Erträge mit nur 464 Millionen Mark eingeseht. Das ist bei einem Etat von 9,8 Milliarden nur ein winziger Anteil, etwa 4,7 Proz. Eine abschließende Haushaltsrechnung für das Etatjahr 1929/30 liegt noch nicht vor, wohl sind die Erträge aus Steuern, Zöllen und Verbrauchsabgaben schon bekannt. Wahrscheinlich ist auch bei den Verwaltungseinnahmen, wie auch bei den Aufkommen aus Steuern,

Zölle und Verbrauchsabgaben der Etatvoranschlag nicht ganz erreicht.

Nach der Haushaltsrechnung vereinnahmte das Reich in dem mit dem 31. März dieses Jahres zu Ende gegangenen Etatsjahre, wie eingangs des Artikels schon erwähnt wurde, rund 9 Milliarden Mark. Diese Summe entspricht ungefähr dem gleichen Ertrag, den Steuern, Zölle und Verbrauchsabgaben im Etatsjahre 1928/29 erbrachten. Die Erträge der einzelnen Posten und ihr prozentualer Anteil am Gesamtaufkommen der drei wichtigsten Einnahmequellen, die ihrerseits über 95 Proz. der Gesamteinnahmen des Reiches ausmachen, gehen aus folgender Tabelle hervor. Demnach flossen dem Reichshaushalt zu:

	in Milliarden Mark	in Proz. der Gesamteinnahmen
aus Steuern	6,1	67,8
aus Zöllen	1,1	12,2
aus Verbrauchsabgaben	1,8	20,0
Zusammen	9,0	100,0

Wir sehen also, an erster Stelle stehen die Steuern mit 6,1 Milliarden Mark oder 67,8 Proz. der Gesamteinnahmen aus den drei in obiger Statistik bezeichneten Einnahmequellen. Ihnen folgen die Erträge der Verbrauchsabgaben mit 1,8 Milliarden Mark oder 20,0 Proz. am Gesamtaufkommen. Verbrauchsabgaben werden erhoben auf Bier, Tabak, Zucker, Spiritus, Essigsäure, Selt, Bindwaren, Leuchtmittel, Spielkarten und Süßholz. Es handelt sich also durchweg um Güter des Massenkonsums, wovon höchstens die Seife Steuer auszunehmen ist. Alle übrigen von Verbrauchssteuern erfassten Güter unterscheiden sich höchstens dem Grade ihrer Notwendigkeit nach, wobei vom Streichholz und der elektrischen Kerze bis zum Bier und Kartenpiel eine weitgehende Notwendigkeitskala aufzustellen ist. Einer planmäßigen, an sozialen Notwendigkeiten orientierten Steuerpolitik könnte diese Notwendigkeitskala ein dankenswerter Ratgeber sein. Leider scheinen derartige Gesichtspunkte die derzeitige Steuerpolitik kaum zu beeinflussen, denn wir haben es ja erlebt, daß die Brünninghagen-Steuererhöhung das Bier recht schonend behandelt, während man bei notwendigen Gütern, etwa beim Mineralwasser, jene zarte Rücksicht auf irgenwelche Konumenten- und Interessententeile durchaus vermißt. Im Auge zu behalten ist aber, daß die Verbrauchsabgaben, mit Ausnahme der Seife, die aber nur den winzigen Betrag von etwa 15 Millionen Mark bei einem Gesamtaufkommen von 1,8 Milliarden Mark erbringt, eine typische Massenbelastung darstellen.

Dasselbe gilt von den Zöllen, die mit 1,1 Milliarden Mark oder 12,2 Proz. den drittwichtigsten Posten auf der Einnahmeseite des Reichsetats bilden. Hier wird der Zoll zu einer Einnahmequelle des Reiches, obgleich das mit seinem wirklichen Zweck und Wesen nichts zu tun hat. Der Zoll hat, wenn man ihm schon eine Berechtigung beimessen will, diese nur als Schutzmaßnahme für bestimmte Zweige von Industrie oder Landwirtschaft. Zölle sind unter Umständen auch von dem freien Gewerkschaftler, der ja aus weltanschaulichen Gründen Zollgegner ist, weil er das große wirtschaftsrechtliche Weltrecht erstrebt, als vorübergehende Schutzmaßnahme zu verantworten. Aber diese Fälle sind beschränkt, sie sind nur dann gegeben, wenn das Ausland auf Grund niedriger Löhne oder wesentlich längerer Arbeitszeit den Abschlag der heimischen Industrie und damit deren Beschäftigungs- und Lebensfähigkeit zu untergraben imstande ist, also beim Vorkliegen eines sozialen Dumping, wie es in der handelspolitischen Sprache heißt. Außerdem käme noch ein natürlicher Vorkursprung des Auslandes, beispielsweise der gewaltig höhere Bodenertrag, als zeitweiliger Schutzgrund in Frage, doch sollte auch hier die zeitliche Bedingtheit der Schutzmaßnahme, die den Charakter einer Waage zur Umstellung darstellen soll, stets betont werden. Selbst beim Vorliegen der eben genannten Gegebenheiten wird das Ausmaß des Schutzes stets umfassen sein, aber nie sollte der Zoll Finanzzwecken dienstbar gemacht werden, denn das widerspricht seinem wirklichen Sinn. Auch über diese elementare wirtschaftliche Grundtatsache setzt sich die Einnahmepolitik der jetzigen Regierung hinweg, wie der Benzinzoll beweist, der nur aus Finanzgründen erhöht worden ist, obgleich die deutsche Benzin- und Benzol erzeugende Industrie einen Schutz nicht benötigt. Das Zoll wirkt sich stets im steigenden Warenpreis aus. Der Zoll ja sein Zweck. Damit aber geht Hand in Hand eine Schmälerung des Realeinkommens der breiten Bevölkerungsschichten, so daß wir die Zolleinnahmen ausschließlich als Massenbelastung ansprechen können.

Den wichtigsten Einnahmeposten im Reichsetat bilden die Steuern. Hier wird in der Regel die Unterscheidung zwischen Besitz- und Massensteuern gemacht, obgleich, wie noch näher ausgeführt werden soll, diese Unterscheidung ziemlich roh ist, da die Grenzen zwischen Besitz- und Massensteuern ineinander verschwinden. Als ausgesprochene Massenbelastung sind alle die Steuer- und zollpolitischen Maßnahmen anzupreisen, die eine unmittelbare Kürzung des Realeinkommens zur Folge haben. Das ist bei Zöllen und Verbrauchsabgaben ganz zweifellos der Fall, denn beide wirken preistreibend und somit realohnmindernd. Bei der Steuer ist die Unterscheidung schon schwieriger. Als reine Massensteuern sind in untenstehendem Schema die Lohnsteuer, die Umsatzsteuer und die Transportsteuer aufgeführt. Die Lohnsteuer wird gleich beim Lohnempfang abgehalten und schmälert somit unser Nettowohlfahrt. Die Umsatzsteuer wird auf den Warenpreis aufgeschlagen und zeitigt deshalb dieselben realohnmindernden Wirkungen wie Verbrauchsabgaben und Zölle. Die Transportsteuer wird von Personen- und Güterverkehr erhoben. Sie wirkt in der Richtung der Tarifserhöhung, die beim Personen-tarif eine direkte Mehrausgabe und damit eine Einkom-

mensminderung bedeutet, während eine Erhöhung der Gütertarife in den Warenpreis übergeht und somit zu einer Schmälerung des Realeinkommens führt. Zweifellos wird es dem Besitz auch bei anderen Steuerarten möglich sein, die ihm zudiktierten Lasten über den Warenpreis auf andre Schultern abzuwälzen, woraus dem Gewerkschaftler immer wieder die Notwendigkeit einer Einflussnahme auf die Warenpreisgestaltung klar wird. Andererseits ist auch zu beachten, daß der Besitz seinem Verbrauch entsprechend an dem durch Zölle, Verbrauchsabgaben, Umsatz- und Transportsteuer entstandenen Massenbelastungen teilnimmt. Da der Konsum dieser Schichten vom Gesamtverbrauch nur einen verhältnismäßig sehr kleinen Bruchteil ausmacht und für diesen keine soziale Erzhwerisn bedeutet, so erscheint es trotzdem als vollauf gerechtfertigt, die oben erwähnten Einnahmequellen des Reiches als reine Massenbelastung anzupreisen.

Die reinen Massensteuern erbrachten im Steuerjahre 1929/30 folgende Beträge:

Lohnsteuer	1,4 Milliarden Mark
Umsatzsteuer	1,0 Milliarden Mark
Transportsteuer	0,8 Milliarden Mark
Zusammen	3,2 Milliarden Mark

Die Einnahmen des Reiches aus den Besitzsteuern lagen etwas höher, welche Summen die einzelnen Besitzsteuerarten erbrachten und deren Gesamtaufkommen geht aus folgender Tabelle hervor:

Einkommensteuer nach Veranlagung	1441 Millionen Mark
Kapitalertragssteuer	187 Millionen Mark
Körperschaftsteuer	559 Millionen Mark
Bermögenssteuer	542 Millionen Mark
Erbschaftsteuer	82 Millionen Mark
Grundbesitzsteuer	35 Millionen Mark
Kapitalverkehrssteuern	90 Millionen Mark
Kraftfahrzeugsteuer	210 Millionen Mark
Besitzungssteuer	65 Millionen Mark
Reinwert- und Lotteriesteuer	85 Millionen Mark
Wechselsteuer	49 Millionen Mark
Zusammen	3345 Millionen Mark

Nun sind die Besitzsteuern aber auch die einzige fühlbare Belastung für jene Schichten, denen sie zugeacht sind, während den breiten Volksschichten, die die Massensteuern zu tragen haben, noch die Lasten aus Zöllen und Verbrauchsabgaben zudiktieren sind. Erst wenn wir alle Posten in ihrer absoluten Höhe und ihrem prozentmäßigen Anteil am Gesamtaufkommen betrachten, erhalten wir ein einigermaßen klares Bild über die wirkliche Lastenverteilung. Das ist in folgender Aufstellung geschehen, wo Zölle, Verbrauchsabgaben und Massensteuern der Besitzbelastung durch Besitzsteuern gegenübergestellt sind. Die Addition der einzelnen Posten ergibt dann folgendes Bild:

	in Milliarden Mark	Anteil am Gesamtaufkommen in Proz.
Besitzbelastung durch Besitzsteuern	3,3	36,7
Massenbelastung durch Zölle	1,1	12,2
Massenbelastung durch Verbrauchsabgaben	1,8	20,0
Massenbelastung insgesamt	2,9	32,2
Zusammen	6,2	68,9

Vorstehendes Zahlenbild zeigt also, daß die Massen des Volkes über 63 Proz. der gesamten Reichseinnahmen aufbringen, während demgegenüber der Besitz mit noch nicht einmal 37 Proz. beteiligt ist. Es erhebt sich nun immer wieder die Frage, in welcher Richtung wird die Steuerpolitik weitergehen? Hier kann leider keine tröstende Antwort gegeben werden. Der Steuerkurs der jetzigen Regierung zielt auf Massenbelastung und Besitzentlastung. Das hat uns die vor wenigen Wochen verabschiedete Steuerreform der Regierung Brüning zur Genüge bewiesen. Die Umsatzsteuer wurde erhöht und für Konsumverehne und Warenhäuser noch eine Sondersteuer eingeführt. Zollerhöhungen und Verbrauchsbelastungen gehören zum Lebenselement dieser Regierung, deren volksparteilicher Finanzminister die Parole, gegen jede Erhöhung der direkten Steuern, ausgegeben hat. Der einzige, aber auch sehr wirksame Trost für die in den Reihen der freien Arbeiterbewegung kämpfenden Arbeitnehmer ist ihre „kombinierte Waffe“. Nimmt man ihnen über Steuern und Zölle das, was sie sich durch tägliche Gewerkschaftsarbeit erkämpfen haben, so werden neue, von den Gewerkschaften zu führende Bewegungen ausgelöst werden, um der Arbeiterschaft das zu geben, worauf sie Recht und Anspruch hat. Entscheidend nur ist immer ihre Stärke, und zwar in erster Linie ihre gewerkschaftliche Stärke. **Bst.**

Korrespondenzen

Breslau. Im Mittelpunkt unserer Versammlung am 25. April standen der Kartellbericht und die Waikfer. Für den Kartellbericht hatte Kollege K e t m das Referat übernommen. Dieser sprach zuerst über Sinn und Zweck des Ortsausschlusses, stiegerte dann in kurzer, aber leichtverständlicher Weise die Referate, die in den Kartellstimmungen gefaßt worden sind, und führte den Kollegen noch einmal die nützhbringende Zusammenarbeit mit den übrigen Gewerkschaften vor Augen. Daß die Versammlung mit den Ausführungen, auch mit dem kritischen Teil derselben, voll und ganz einverstanden war, bewies nicht nur der lebhafteste Beifall, sondern auch der Bericht auf jegliche Diskussion. Aber das Thema „1. Mai und Arbeitszeit“ sprach Kollege S p o r n. Angesichts der Tatsache, daß die Breslauer Zeitungserbeiter jegliche Verhandlungen über den 1. Mai abgelehnt hatten, forderte er die Kollegen auf, sich rechts an der Maidemonstration zu beteiligen. Weiterhin wurde ein Antrag einstimmig angenommen, der vom Verhandlungsleiter die Rückgängigkeit des im Juni ablaufenden Lohnabschlusses forderte. Hervorzuheben wäre noch die

Abernahme von 42 ausgetretenen Jungbuchdruckern in die Organisation, die am Beginn der Versammlung vorgenommen wurde. Vorsitzender S p o r n begrüßte die jungen Kollegen mit herzlichem Worten und machte sie mit den Rechten und Pflichten eines Verbandsmitgliedes bekannt. Unsracht wurde dieser feierliche Akt von Darbietungen des Kollegenangewandten „Gutenberg“, der sich in dankenswerter Weise in den Dienst der guten Sache gestellt hatte.

M. Düsseldorf. In unserer Versammlung am 12. April hielt der Lehrer an der Wirtschaftsschule, Herr Dr. S c h i n z, einen Vortrag über den Youngplan, unter besonderer Berücksichtigung der jetzigen wirtschaftlichen Lage und der neuen Regierung. Seine von der Kollegen-schaft immer als sympathisch empfundene Redebege ver-mohte auch diesmal wieder eine aufmerksame Zuhörer-schaft in den Bann zu ziehen. Einen breiten Raum in der Versammlung nahmen die gegen einige Mitglieder ge-richteten Ausschlußanträge des Vorstandes auf Grund des § 10 Ziffer 1b der Verbandsstatuten ein. Die in Aus-führung des letzten Versammlungsbeschlusses zum Zwecke des Schutzes unrer Kollegen im Feuergewerbe einge-setzte Vorstandskommission, bestehend aus den Kollegen W. Graaf, H. Klein und A. May, berichtete über ihre bisherigen Arbeiten. Es herrschte die Auffassung vor, daß die Quelle aller unliebsamen Vorgänge im Feuergewerbe in der Betriebszelle zu suchen lie, die von Unorganisierten geleitet und befehrt, lediglich ein Instrument in der Hand des Geschäftsführers ist. Es wurde eine Reihe von Beispielen angeführt, aus welchen hervorging, wie in der Zelle gegen die gewerkschaftlich auftretenden Kollegen des Betriebes sowie gegen den Vorstand gearbeitet wurde. Angesichts der Lage verlangte der Vorstand von den der Zelle noch angehörenden Verbandsmitgliedern Austritt aus der Betriebszelle und die Erklärung, sich jeder gewerkschaftsschädigenden Tätigkeit gegen den Verband oder die freien Gewerkschaften zu enthalten. Zwei Kollegen kamen dieser Aufforderung nach. Drei dagegen, die Kollegen Herbert Knittel, Ernst Krüger und Karl Druas, lehnten dies nicht nur ab, sondern leisteten ihre Namensunter-schrift unter einen von der Bezirksleitung der RPD ge-schriebenen Brief an den Ortsvereinsvorstand, der nach Form und Inhalt in der unerhörtesten Weise gefaßt war. Wegen der scharf ablesenden Haltung stellte der Vorstand Ausschlußantrag. In längerer Aussprache kam eine Reihe von Kollegen zu Wort, die teils für, teils gegen die Ausschüsse eingestellt waren. Schließlich gelangte mit knapper Mehrheit ein Antrag zur Annahme, der die Ver- tagung der Beschluffassung über die Ausschlußanträge vorzäh. Im darauf folgenden Montag spielten sich als-dann im Feuergewerbe unerhörte Vorkommnisse ab, die dem Vorstand Veranlassung gaben, bereits am 26. April zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung einzuladen, in welcher die Vorstandskom-mission Bericht erstattete. Veranlaßt durch eine unwahre Denunziation des Mitgliedes Knittel, der aus der letzten Versammlung dem Geschäftsführer Voigt einen Spie-gelbericht erstattete, erfolgte zu gleicher Zeit in den Abteilun-gen Hand- und Maschinenerei ein gemeinsamer Angriff seitens des Geschäftsführers Voigt, des Zellenhüpfelings Sander sowie zwei weiterer Unorganisierter auf un-re verbandstreuen Kollegen. Der Geschäftsführer Voigt drohte „jeden in die Presse hauen zu wollen, daß der rote Saft in die Bude spritze“, wie er sich ausdrückte. Sander ging noch weiter und drohte, die Kollegen mit dem Knüttel durch die revolutionäre Arbeiterkammer heraus-jagen zu lassen, wenn sie nicht bald den Betrieb verlassen würden. Die anderen beiden feindlichen Entfernend. Zehn Minuten lang währten die unerhörten Provokati-onen, die darauf angelegt waren, unrer Kollegen zu un-bekonnenen Handlungen zu verleiten, um sie dann friflos entlassen zu können, worauf man um deswillen wartet, weil man die übrigen Streikbrecher des Knüttelgewir-tschafte Solinger Betriebes vollends in Düsselborfer Betriebe unterbringen will. Unrer Kollegen entsetzte die Provokationen jedoch mit bewundernswürdiger Ruhe. Die Kommission berichtete des weiteren darüber, daß der Geschäftsführer Voigt dem Korrektor, einem allseits an-erkannten hervorragenden tüchtigen Manne, wegen des Übersehens eines Fehlers in der Zeitung seine Leistungs- aufgabe in Höhe von 18 M. wöchentlich abgezogen hat. Dieses trotz des Umstandes, daß der betreffende Kollege mit Korrekturlesen und Revisionen überaus stark belastet war; ausgeführt von einem Geschäftsführer, der, wie fest- gestellt wurde, selber nicht einmal in der Lage ist, eine Korrektur halbwegs einwandfrei zu lesen. Soweit die im Betriebe beschäftigten Kollegen in der Aussprache zu Worte kamen, bildeten deren Ausführungen einen ein-stimmigen Protest über die Behandlungswiese eines Ge- schäftsführers Voigt, der als früherer „revolutionärer“ Betriebsrat heute schlimmer als der schwärzeste Reak-tionär wütet. Waren sich in der Beurteilung solcher Vor- kommen alle Diskussionsredner, auch die kommunistisch eingestellten, einig, so waren jedoch die Meinungen geteilt über die vom Vorstand beantragten Ausschüsse. Zwar wurde das Mitglied Knittel gleich zu Beginn der Ver-sammlung, schon wegen seiner Spiegeltätigkeit, mit allen gegen vier Stimmen ausgeschlossen und des Saales ver-wiesen, jedoch bei den Ausschüssen gegen die Mitglieder Druas und Krüger entstand eine längere Debatte. Von der Kommission wurde berichtet, daß vor der Versammlung vom Vorstande noch einmal der Versuch gemacht wurde, besonders den Kollegen Krüger wegen seiner langjährigen Verbandsmitgliedschaft zu einer befriedigenden Erklärung zu veranlassen, doch scheiterte dieser Versuch wie alle früheren. Krüger sowohl als auch Druas erklärten sich lediglich bereit, nichts gegen den Verband oder Verbands-mitglieder zu unternehmen, den Austritt aus der Be- triebszelle lehnten sie jedoch ab unter der Begründung, daß damit ihre gesamte politische Tätigkeit lahmgelegt werde. Umsonst die wiederholten Hinweise darauf, daß dies gar nicht zuträfe und daß ihr Kollege und Partei-genosse Jater ja ebenfalls seinen Austritt aus der Zelle erklärte; sie überderten ihren Standpunkt nicht. Von einigen Kollegen wurde vom Vorstand verlangt, den Einzelnach-nams über das gewerkschaftsschädigende Verhalten der Kollegen innerhalb der Zelle zu erzwingen, ohne diesen wende man sich gegen den Ausschluß. Demgegenüber wurde betont, daß die betreffenden als Mitglieder der Zelle die volle Verantwortung für alle durch die Zelle verübten Dinge zu tragen haben; daß die beiden sich seinerzeit sogar in der Zelle unterchriftlich dazu verpflichtet, bei

Bedarf sich zum Streitbruch nach Solingen kommandieren zu lassen. Es wurde des weitern als unerträglich bezeichnet, daß Mitglieder unseres Verbandes in der Zelle mit Anorganikern und Streiftreibern zusammenhingen, um über die Geschehnisse dort beschäftigten Kollegen zu beschließen. Nach nahezu dreistündiger lebhafter Debatte wurde dann zur Abstimmung geschritten. Der Ausschluß von Drucks wurde mit großer Mehrheit, der Ausschluß von Krüger mit 71 gegen 65 Stimmen beschlossen.

Erlangen. Unsere Kollegen fanden sich am 26. April im Vereinslokal „Zum schwarzen Bären“ einhellig zusammen, um mit den aus Nürnberg und Forchheim erschienenen Gästen das U. S. G. r. l. i. n. d. u. g. s. j. a. h. r. unserer Mitgliedschaft, verbunden mit dem 50jährigen Verbandsjubiläum des Kollegen Wolfgang Dorn, in schillerter und würdiger Weise zu begehen. Nach einigen Musik- und Gesangsvorträgen begrüßte Vorsitzender Pfister die Erschienenen, überbrachte die Glückwünsche des Gauvorstandes und von verschiedenen auswärtigen Kollegen. Eingangs seiner Rede betonte er, daß dieser Abend eine kollegiale Feierstunde sein soll, die die Erinnerung an die Vergangenheit in uns wieder aufleben und den alten Buchdruckergeist neu erwecken lassen helfe. Er hob hervor, daß die Mitgliedschaft Erlangen zu den ältesten Ortsvereinen Deutschlands zählt. Schon vor der Gründung des Verbandes hatten sich die hiesigen Kollegen in einer „Kranken-, Invaliden- und Waisenliste“ zusammengeschlossen, die bis auf das Jahr 1832 zurückverfolgt werden kann. Der im Jahre 1903 in Erlangen geführte erste Buchdruckerzeit konnte mit Unterstützung von fast allen größeren Druckstädten nach dreiwöchiger Dauer gewonnen werden. Von den eingegangenen Streiftreibern konnten 2000 M. wieder nach Berlin überwiesen werden, um als Reisegebelde Verwendung zu finden. Im Jahre 1864 traten die Erlanger Buchdrucker dem Mittelrheinischen Buchdruckerverband bei und schlossen sich im Jahre 1866 dem neugegründeten Verband an. Zu allen Zeiten und in allen Lagen haben die Erlanger Kollegen in Leid und Freude treu zum Verbande gehalten, wovon die bereits vorhandenen zahlreichen Jubiläre bezeugen. Mit dem Wunsch, wahre Kollegialität zu pflegen, tatkräftig mitzuarbeiten am Aufbau und Ausbau unserer Organisation, schloß der Redner seine Ausführungen. Sodann erfolgte die Ehrung des Kollegen Dorn für 50jährige Verbandzugehörigkeit. Jahresheftung war er in der Verwaltung tätig und bekleidete der Reihe nach die Ämter des Schriftführers, des Kassierers und des Vorsitzenden. Kollege Pfister übermittelte ihm die Glückwünsche des Verbandes und Gauvorstandes sowie der Mitgliedschaft und überreichte dem Jubilar die Ehrennadel des Verbandes und des Ortsvereins. Gesang und Musik trugen ihr Bestes dazu bei, dem Abend ein echt kollegiales Gepräge zu verleihen.

Freising. (Drucker.) Am 27. April hielten wir unsere F. i. h. j. a. h. r. s. b. e. z. i. r. s. v. e. r. s. a. m. l. u. n. g. ab, die recht gut besucht war. Kollege Jarosch begrüßte die Landsleute und Münchner Kollegen. Kollege Creinerer begrüßte alle Erschienenen im Namen des Ortsvereins und Kollege Fellner übermittelte Grüße der Münchner Drucker. Hierauf ergriff Herr Gewerbeoberlehrer Hübner (München) das Wort zu seinem Referat über modernen Illustrationsdruck. In fast zweistündigen Ausführungen, die unterfüttert waren von einer reichhaltigen Ausstellung von Druckfaden und Juristungen, wußte er das Interesse der Kollegen zu fesseln. Dem Referenten sei für seine treffenden Ausführungen auch an dieser Stelle herzlich gedankt. Die Teilnehmer der interessanten Versammlung trafen sich nach dem Mittagstisch wieder zu einem Kundengang durch Freising mit anschließendem gemütlichen Beisammeln. In echt kollegialer Verbundenheit verfloßen die Stunden nur zu rasch. Auf Wiedersehen in Landshut!

Gumbinnen. Unsere gut besuchte V. e. r. s. a. m. l. u. n. g. am 12. April war eine außergewöhnliche und stand im Rahmen einer Jubiläumsfeier. Vorsitzender Tischler begrüßte besonders die Kollegen des Nachbarortvereins Jüterburg, die unserer Einladung gütlich gefolgt waren, und knüpfte daran den Wunsch, daß die Pflege der Kollegialität der Nachbarorte zum Wohle des Verbandes gefördert werde. Darauf empfahl der Vorsitzende, die Lindencar-Fahradwerke bei Bedarf von den Kollegen zu unterstützen, da diese ein gewerkschaftliches Unternehmen sind und preiswerte Räder zu günstigen Zahlungsbedingungen liefern. Der Kassenbericht für das erste Quartal 1930 wies für unsern kleinen Ortsverein einen guten Bestand auf. Beim Kartellbericht stand die Maßfeler im Vordergrund. Zum Jubiläumstreffen entspann sich eine lebhafteste Debatte, in deren Verlauf der Wunsch zum Ausdruck kam, diesen Tag gemeinsam mit dem Nachbarortverein Jüterburg zu begehen. Die Vorkarbeiten werden beiden Ortsvorständen überlassen. Bei der nunmehr beginnenden Jubiläumsfeier begrüßte der Vorsitzende zunächst in warmen Worten unsern inzwischen eingetroffenen Gauvorsitzer, Kollegen Creinerer, und dankte ihm für sein Erscheinen, auch dafür, daß er die kleinen Ortsvereine stets besuche und sich im Kreise dieser Kollegen recht wohl fühle. Nach diesen Worten gab Kollege Tischler für die Freude Ausdruck, daß wir heute in unserm kleinen Ortsverein einen alten Kämpfer fernher hätten und zwar den Kollegen Gustav Dorn, der am 13. April auf eine 40jährige Verbandsmitgliedschaft zurückblickte. Kollege Dorn trat am 13. April 1890 in Graudenz dem Verband bei und hat trotz vieler Schwierigkeiten die sich ihm bis in die letzte Zeit hinein entgegenstellten, immer seinen Mann gestanden. Als er nach Beendigung des Krieges im Beruf nicht sogleich unterkam, ist er auch als Reisevertreter dem Verband treu geblieben und hat in manchem Ort in „verborgenen Aushängelochern“ das Licht des Verbandes, wie selten einer, hineingetragen. Im vergangenen Jahr gelang es ihm, nun hier in unserm Ort wieder im Beruf unterzukommen, und so manche Episode aus seinem Leben hat in unserm Ortsverein mit zur Belebung des Vereinsinteresses beigetragen. Der Vorsitzende stellte ihn als einen stets gern gesehenen Kollegen hin und ermahnte vor allem die jüngeren Kollegen, sich diesen Mann zum Vorbild zu nehmen. Als äußeres Zeichen der Dankbarkeit überreichte er nach einem dreifachen Hoch auf den Jubilar und den Verband Kollegen Dorn ein geschmackvolles Bierschüssel mit entsprechender Widmung. Nun ergriff Kollege Creinerer das Wort zu seinem Vortrag: „Verbandstreue — ein Vorbild für die Jugend“ und würdigte die Verdienste des Jubilars für den Verband. Kollege Gustav Dorn habe sich auch in Königsberg Verdienste erworben, er ist der Mitbegründer

der Ortsgruppe des Bildungsverbandes dortselbst gewesen. Der Redner dankte ihm für seine dem Verband geleistete Arbeit und Treue und schloß mit einem Hoch auf den Jubilar. Kollege Samann vom Insterburger Ortsverein überbrachte die Glückwünsche und Grüße der dortigen Kollegen. Kollege Dorn dankte nun allen mit sichtbarer Freude für die ihm zuteil gemordene Ehrung. In seinen Ausführungen erzählte er noch vieles aus seinem Leben und leerte sein inzwischen mit edlem Gerstenjaß gefülltes Seidel auf das Wohl des Ortsvereins und des gesamten Verbandes. Erhebend erklang unser Bundeslied, gleichsam als Gelübde, unbedrückt trotz aller Widerwärtigkeiten in den Fußstapfen unsres Jubilars zu wandeln. Die offizielle Feier war somit beendet und der gemütl. Teil folgte, der die Jünger Gutenbergs noch einige feuchtfröhliche Stunden bei Gesang und humoristischen Vorträgen in bester Stimmung zusammenhielt.

Hamburg-Altona. In unserer außerordentlichen Generalversammlung am 24. April erfolgte zunächst die Ehrung von drei verstorbenen Kollegen. Zur Zeit waren insgesamt 516 Kollegen arbeitslos. An freiwilligen Spenden für die bedürftigsten erwerbslosen Kollegen wurden aus sechs Betrieben insgesamt 220,50 M. zur Verteilung eingesandt. Die große Erwerbslosigkeit hat die Bedürfnisse der Kasse derart angepannt, daß in nächster Zeit an einer Sonderbeiträge gebacht werden muß. Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden dann von verschiedenen Kollegen einige Anträge gestellt (u. a. Kündigung des Wohnabkommens, Festsetzung der Waffelzeit, Überfreitungen der Befristung), die vom Kollegen Kunzler beantwortet wurden. Ein Antrag der Erwerbslosen auf nochmalige Erweiterung der Weihnachtserleichterung wurde mit 159 gegen 93 Stimmen abgelehnt. Sodann referierte Bandmann über „Die Auswirkungen des Youngplans.“ Die von großer Sachkenntnis zeugenden fast einstündigen Ausführungen wurden aufmerksam verfolgt. Selbstverständlich konnte der Referent nicht auf alle Einzelheiten eingehen; er mußte sich vielmehr auf die wichtigsten Gesichtspunkte der weiterzweigigen Materie beschränken. Der Redner betonte, daß die Opposition der Kollegen Kunzler (Berlin) herbeigeholt. Seine mit guter Vorbereitung vorgebrachten Ausführungen enthielten zum Teil Selbstverständlichkeiten, die jeder unterforschen konnte, zum andern Teil gingen sie von falschen Voraussetzungen aus oder standen mit der Wahrheit derart in Widerspruch, daß sie von der großen Mehrheit der Versammlung abgelehnt wurden, was durch vielfache Zurufe und lebhafteste Anrufe bekundet wurde. Eine von der Opposition eingebrachte Entschlüsselung, die u. a. die Ablehnung des (längst vom Reichstag angenommenen) Youngplans forderte, fand nur acht Stimmen Unterstützung, so daß sie nicht zur Verhandlung gestellt werden konnte. Nach dem Schlußwort der Referenten wurden die übrigen Punkte der Tagesordnung verhandelt.

Hannover. (Handseher.) In unserer Versammlung am 29. April gab Kollege Behrens u. a. bekannt, daß durch das Stützkommen von zwei neuen Handsehervereinigungen in Harburg und Göttingen die Zahl der Mitglieder im Gau Hannover auf 800 gestiegen sei. Ferner wies er auf die rechtlose Unterbindung des Materialaustausches bei den Hannoverischen Tageszeitungen hin, wodurch mindestens 12 arbeitslose Kollegen untergebracht wären. Es sprach dann Ingenieur Sauer zum Inhalt über „Wissenschaftliche Arbeitsmethoden“ unter besonderer Berücksichtigung des Bedeauz-Systems. Einleitend wies er auf die Zusammenhänge zwischen Sozialismus und Technik hin. Er stellte die Technik als die Triebfeder zur Befreiung der Menschheit hin: sie führt die Völker zusammen, sie erzieht durch ihren organisatorischen Charakter den einzelnen zum Kollektivismus, sie fördert die planmäßige Wirtschaft und sie zeigt letzten Endes der Philosophie als neue Grundlage der Ethik die Arbeit. Nach dem Kräfte setzte ein besonders großer Aufstieg der Technik ein; arbeitssparende Maschinen und wissenschaftliche Arbeitsmethoden tauchten auf. Fast ist es nun, diese Bewegung von vornherein zu bekämpfen; der Widerstand muß sich nicht gegen die absolute, sondern gegen die relative Intensivierung der Arbeit richten, bei der der Faktor Mensch keine Rolle spielt. Redner wandte sich dann den verschiedenen wissenschaftlichen Betriebsführungen zu. Er kam über Taylor, Ford und Dodge zu dem neusten dieser Arbeitsmethoden, dem Bedeauz-System. Augenblicklich arbeiten 400 Betriebe nach diesem System, und das ist nicht die kleinste Zahl, liegt auf der Hand. Als Wesenheit der Arbeitsleistung liegt dem Bedeauz-System das Be (von Bedeauz) zugrunde, das sich aus Arbeitszeit und Erholungszeit zusammenfügt. Die Feststellung der Arbeitszeit geschieht mit der Stoppuhr, wobei selbst die einfachste Arbeitsvorrichtung in 2 Arbeitsvorgänge zerlegt wird, während der Ermüdungskoeffizient durch Schätzung von den Bedeauz-Ingenieuren, denen man einmal jede Eignung dazu fehlt, festgestellt wird. Als Normalleistung gilt theoretisch pro Stunde die Erzielung von 60 Bes, doch wurden in der Regel 70, 80, 90, ja sogar 100 Bes pro Stunde erreicht. Das Gemeingefährliche für den Arbeiter liegt darin, daß die Arbeitsleistung, also der Wert für ein Be, festgestellt wird ohne Rücksicht auf irgendwelche Nebenumstände, wie hohe Temperaturen in den Arbeitsräumen, giftigschwäbige Luft u. a. Die erzielten Bes in den einzelnen Abteilungen eines Wertes werden täglich auf den Bedeauz-Analysen-Blättern zusammengefaßt, wobei dann der Wirkungsgrad jeder einzelnen Abteilung festgestellt wird — ein Verfahren, das zu einem Wettrennen auf Kosten der Arbeitskraft zwischen den einzelnen Arbeitsabteilungen führt. Abschließend führte der Referent noch aus, daß es sich in fast allen Fällen, wo das Bedeauz-System zur Einführung gekommen ist, um gewerkschaftlich schwach organisierte Betriebe gehandelt habe.

A. B. Kühn. Unsere Bezirksversammlung am 3. Mai, zu der auch erstmalig die Damen eingeladen waren, hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Unter „Gesellschaftlichem“ ermahnte Kollege Hansen, bei Einstellung von Lehrlingen die Befristungsfrist streng zu beachten und die Befristung reiflos unserer Lehrlingsabteilung zuzuführen. Zu dem Restaurantbesuch nahmen in scharfer und eindringlicher Weise die Kollegen Hansen und Meinhof Stellung und betonten, daß der Vorstand in Zukunft schärfere Seiten aufzuheben werde. Sodann gab Kollege Hansen einen kurzen Bericht von der Fachauschüßvertreter-Konferenz, die wichtige Aufschlüsse gab über unsern Funktionen in den Fachauschüssen. Zum gedruckten vortragenden Kassen-

bericht wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Auf Vorschlag des Vorstandes beschloß die Versammlung, das diesjährige Jubiläumstreffen in einer Morgenfeier vor Stühreihen zu begehen. Der dann folgende Filmvortrag: „Amerika“, zeigte uns den Reize- und Kulturfilm der Hamburg-Amerika-Linie. Die Reiseroute beginnt in Hamburg, führt dann über den Atlantik nach New York. Von hier aus führt uns der Film 1700 Kilometer in die verschiedenen Landesteile der Vereinigten Staaten. U. a. werden gezeigt: Wollentwinder und Riesenverhörer in New York; Bergbauort Coney Island; Mische Shoals als das amerikanische Opatu; Florida, das Paradies der Dollarländer; Kaliforniens Fruchtindustrie; Aligatoren- und Straußenfarmen; Los Angeles und Hollywood; brennende Ölquellen; San Francisco; Goldfelder Yosemite Valley; Washingtons Riesenwälder; Stahl- und Kohleerzeugung; Landwirtschaft; Fordwerke in Detroit; die Niagarafälle; amerikanische Bildungsstätten usw. Die Beschreibung zu dieser Reise gab Kapitän Bloß von der Hamburg-Amerika-Linie. Der Redner verstand es, teils durch eigene Erlebnisse, der Versammlung die Eigenheiten und Entwicklung des Dollarlandes vor Augen zu führen. Dieser wohlgeplante Reise- und Kulturfilm fand allseitigen Beifall.

München. Zur Behandlung der elf Punkte umfassenden Tagesordnung unserer ordentlichen Generalversammlung waren zwei Abende notwendig, und zwar am 5. April und am 9. Mai. Mit der ersten Versammlung wurde die Ehrung von drei Jubilaren mit 50jähriger Verbandzugehörigkeit verbunden. Vorsitzender Södrer sprach den drei Kollegen unter Hervorhebung ihres Wirkens für die Organisation den Dank des Verbandes, Gau- und Ortsvorstandes aus und überreichte ihnen das übliche Geschenk. Der Buchdruckerangehörigen hatte durch Vortrag mehrere Chöre zur würdigen Ausstattung der Ehrung beigetragen. Hierauf wurde fünf verstorbenen Kollegen ehrend gedacht und die Aufnahme von 70 meist neuausgelernten Kollegen (zu denen in der zweiten Versammlung noch 22 kamen) vollzogen. Mit der Maßfrage hatte sich schon eine Vertrauensmännerversammlung befaßt, die zu der Anregung kam, daß alle Kollegen, denen es ohne Schwierigkeiten möglich ist, sich an der Vormittagsdemonstration beteiligen sollen. Mit diesem Vorschlag war auch die Versammlung einverstanden. Eine eingereichte Entschlüsselung, die sich gegen das Verbot der Demonstration der Kommunistischen Partei am 1. Mai wendete, wurde gegen 15 Stimmen abgelehnt. Es wurde betont, daß es nicht notwendig wäre, daß die Arbeiterschaft auch bei solchen Demonstrationen, wie für die Forderungen am 1. Mai, zwei gesonderte Wege gehen brauche. Zum gedruckten Jahresbericht wurden vom Vorsitzenden einige Erläuterungen gegeben, die Vergleiche mit früheren Jahren brachten; zum Schluß bemerkte er, daß der Vorstand in Anbetracht der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse im Berichtsjahr getan habe, was möglich war, so daß auch das Jahr 1929 wieder ein weiterer Aufschwung am Ganzen des Verbandes und der Mitgliedschaft gewesen sei. In der Ausprache kritisierten zwei Kollegen, daß zu wenig betriebsliche Vertiefung der Arbeitszeit und Veranbarung des gewerkschaftlichen Geistes in den Mitgliederkreisen geleistet wurde, wozu die Nachmittags des Verbandes hätten angewandt werden sollen. (Im Schlußwort wurde ihnen erwidert, daß diese Kritik an falscher Stelle angebracht worden sei, denn das ist Sache der Gesamtorganisation.) Ein Kollege warnte vor Befolgung der von den beiden Rednern vorgebrachten, die Gesamtheit schädigenden Maßnahmen. Kollege Hoffmann wandte sich gegen einen Artikel des zweiten Vorstehenden Saude in der kommunistischen „Neuen Zeitung“, in der er, getreu den Richtlinien aus Moskau, „Organisation des Kampfes um Lohn- und Arbeitszeit gegen den Willen des Verbandsvorstandes“ fordert und der mit einem Appell an die Münchner Kollegen schloß. Das es Zeit ist, an die Schaffung von „roten Betriebsräten“, von „betrieblichen Kampfkomitees“ und an die Bildung eines „oppositionellen Ortsvorstandes“ zu gehen. Nach dem Bericht der Redner, daß Besuche und Kasse stets in Ordnung waren, beantragten diese Entlastung für den Gesamtvorstand, welchem Antrag mit Einstimmigkeit stattgegeben wurde. — In der zweiten Versammlung wurde dann der Ortsbeitrag auf gleicher Höhe befestigt, ebenso die Zuschüsse aus der Ortskasse an die Arbeitslosen, Invaliden und Reisenden. Unverändert blieben auch die Entschlüsselungen für den Ausschluß und die Sitzungsgelder. Zu den durch Urwahl vorzunehmenden Wahlen für den Ortsvorstand wurden die notwendigen Kandidaten aufgestellt und als Revisoren drei bisher tätige Kollegen wieder, einer neu gewählt. Wiedergewählt wurden auch die fünf bisher tätigen Schiedsgerichtsmitglieder, neu gewählt drei Ersatzleute für diese. In der Pause der zweiten Versammlung sang der Buchdruckerangehörigen wieder zwei Lieder, wobei der Vorsitzende des Gesangsvereins, Kollege Durst, in Anbetracht der im Mai stattfindenden besonderen Werbetätigkeit für die Arbeiterfängerische zum Beitritt in den Buchdruckerangehörigen als aktives oder passives Mitglied aufforderte.

Münsterberg. (Handseher.) In unserer Versammlung vom 25. April, die zugleich als Vierteljahresversammlung anzupreisen war, referierte Dr. Gundersheimer über „Berufsgesahren des Handsehers“. Zu seinem einleitenden Referat gelangte er die Krankheits in drei Stadien: 1. Die Gefahren selbst, 2. Vorbeugung und 3. Anfallsymptome. Er kam dabei auch auf die Tuberkulose zu sprechen, die er als eine sehr ernste und vor allen Dingen sehr ansteckende Krankheit bezeichnete. Zur Anfangssymptome ist zumeist kalter Nachschweiß und Müdigkeit am Morgen. Es ist daher angebracht, wenn man gleich den Arzt verständigt. Was die Vorbeugung angeht, so ist dies nicht immer eine akute Erkrankung, sondern eine chronische, die sich auf Jahre hinauszieht. Als Vorbeugung gibt es nur ein Mittel, größte Sauberkeit im Betrieb wahren zu lassen, wozüglich nach Arbeitsfluß die Kleider zu wechseln, damit der Staub nicht mittels Schweiß in die Poren eindringt und so zu einer Bleichheit führen kann. Zum Schluß seiner Ausführungen sprach der Referent auch noch von Krampfadern, Unterfingergeschwüren und Plattfüßen, die er schon des öfteren in seiner Praxis an Sechern beobachtet haben will. Reicher Beifall lohnte dem Referenten. Weiter sei hier noch die Festsetzung unsres Großkraftwertes „Franken“ erwähnt, an der sich eine stattliche Zahl Teilnehmer beteiligte, die

das Gesehene mit vollem Interesse entgegen nahmen. — Am 27. April unternahm die Nürnberg. Handbindervereinigung in Stärke von 100 Mann eine Autobusfahrt nach Spalt, auf der Hinfahrt wurde das Schloß Wernfels und die Kirche in Kalbensteinberg, wo 15 Mumien des Rittergeschlechtes (vor 300 Jahren) begraben liegen, besichtigt. Von da aus ging es nach Spalt, wo wir mit den vier Handbinderkollegen, die dort in Kunst stehen, den Rest bis zur Jahrszeit im gemüthlichen Beisammeln verbrachten.

Offenbach a. M. In unster Bezirke versammelte am 28. April wurden zunächst 14 Neuaufnahmen vollzogen. Darauf wurden das Resultat der letzten Tarifabstimmung bekanntgegeben und das Ergebnis der Gehilfenprüfung von 19 Teilnehmern beleuchtet. Ein Intermezzo beim Arbeitsnachweis in Frankfurt a. M. fand seine Erledigung. Das vom ADGB. aufgestellte Maifeierprogramm wurde erläutert und um rege Theilnahme an allen Veranstaltungen ersucht. Da für Offenbach seitler als achter Feiertag der dritte Pfingstfeiertag festgelegt war, soll mit den Prinzipalen in Unterhandlungen getreten werden, hierfür den für den Freitagsabend festgelegten Versammlungstag (11. August) einzutauschen. Antragsgemäß wird in diesem Jahr das Johannistfest in akademischer Form an einem Sonnabend am Ort stattfinden. Ein Vortrag des Reichsarbeitsministers a. D. Wiffel, der vom Frankfurter Ortsausschuß des ADGB. arrangiert wurde und sich mit dem Austritt der SPD. aus der Reichsregierung befaßte, wurde in seinen Grundgedängen erläutert. Mit der Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten fand die gut besuchte Versammlung ihren Abschluß.

Mehrt. Eine Verjammung am 2. Mai konnte sich wiederum eines guten Besuchs erfreuen. Vor Eintritt in die Tagesordnung richtete der Vorsitzende König eine ermahnende Worte an die Kollegenhaft und wies hin auf die Bedeutung der neuen Reichsregierung, von der die Arbeiterhaft nichts Gutes zu erwarten habe. Er führte die Auswirkungen der neuen Zoll- und Steuererhöhungen vor Augen und verwies auf den Ausdruck des Zentrumsvortreters Schlad, der diese Regierung als die reaktionärste der Nachkriegszeit bezeichnete, ferner verlas er einen Artikel, den „Der Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, brachte, in dem Minister Schiele sein Ausspruch zum Vorwurf gemacht wird, die Arbeiterhaft solle an Stelle des nicht mehr frei einzuführenden Getreidepreises das minderwertige Freibraindieselöl essen. Gegen diese Abwägung der Lasten auf die breite Masse erhob die Versammlung Protest und forderte vom Verbandsvorstand einen Ausschuß durch Wohnverbesserung, und vom ADGB. und den politischen Arbeiterpartei, die Beseitigung dieser Regierung mit allen Mitteln anzustreben. Schöne Worte fand der Vorsitzende über das Verhalten gewisser Kollegen. Obwohl erfreulicherweise unter untrer Kollegenchaft ein guter Zusammenhalt festgehalten werden muß und der Versammlungsbesuch ein guter zu nennen ist, sind einzelne „Kollegen“, die mit dem Beitragszahlen ihrer Pflicht genügt haben, in verantwortungsvoller Weise tätig, hinter dem Kapfen alles herunterzureißen. Wenn die „Auch-Kollegen“ auch nicht den Mut aufbringen, in der Versammlung offen Rede und Antwort zu stehen, so muß von den übrigen Kollegen erwartet werden, daß sie diesen Menschen die Gefolgschaft versagen. Der Vorstand wird diesen Kollegen gegenüber in nächster Zeit andre Maßnahmen zu treffen wissen. Nach Eintritt in die Tagesordnung konnten drei ausgerichtete Kollegen von der Lehrlingsabteilung übernommen werden. Unter „Tariflichem“ wurde auf die Lehrlingsstellung und die gewissenhafte Ausfüllung der Statistiken hingewiesen. Dabei mußte auf einen Prinzipal aufmerksam gemacht werden, der seine Lehrlinge unter den Koffelgeldern begahit, keine Ferien gewährt und nach Beendigung der „Rehr“ zeit alles auf die Straße setzt. Von den dort ausgerichteten Lehrlingen ist ein einziger, nach Umlernen zum Maschinenführer, im Beruf verblieben. Leider ist von den Betroffenen nicht die Genehmigung zu Klage zu erhalten. Und dieser Prinzipal ist Prüfungsmeister! Des weiteren wurde das Programm zum Johannistfest entwickelt. Den Ortsvereinen des Bezirkes ist hier noch mitgeteilt, daß dieses am 5. Juli stattfindet. Weitere interne Angelegenheiten vervollständigten die Tagesordnung, worauf die anregend verlaufene Versammlung ihren Abschluß fand.

Stuttgart. Inre Verjammung am 20. April ehrte zuerst das Andenken von drei verstorbenen Kollegen, unter ihnen den so tragisch ins Leben gekommenen 37jährigen Moritz Schröter. Anschließend hielt Herr Stadtpfarrer Dr. Schenkel, religiöser Sozialist, einen tiefangelegten, feinsinnigen Vortrag über „Die Wohnungsfrage, ein Kulturproblem“. Zimmerhabe, daß gerade jene Jahrgänge, die vor der Heirat stehen, nicht abgesehen anwendbar waren. Redner streifte die allgemeinen kulturellen Fortschritte, um auf die noch harrenden Probleme überzugehen. Er bezeichnete es als einen schwerwiegenden Mangel, daß heute technische und wirtschaftliche Erzeugnisse nicht immer ihrer ureigensten Bestimmung zugeführt, sondern in vielen Fällen zur Zerstörung der Kultur angewendet werden. Ein besonders wichtiges Problem innerhalb dieses Gebietes nannte er die Wohnungsfrage. Unre Zeit habe in dieser Hinsicht der Weite zum Ausdruck gebracht, wie eng Einzelhaft mit dem Schicksal des Volksganges verbunden sei. Diese Tatsache macht das Wohnungsproblem zu einer allgemeinen Angelegenheit. Durch statistische Zahlen wies Redner die fehlenden Wohngelegenheiten nach. Sein Hinweis, wie gegenwärtig der ungenügenden vorhandene Wohnraum ausgenutzt werden muß, um alle, aber wie, unterzubringen, befestigte die kulturelle Art. Küche, Bad, getrennte Schlafkammern seien hygienische Notwendigkeiten, die sich heute nicht mehr verdrängen lassen. Aber wie sieht es in der Nachkriegszeit in dieser Hinsicht aus? Die Nationalisierung hat die Menschen abgemüht von solchen Selbstverständlichkeiten. Daher ein niederstehender Drang nach Luft, Licht, Sonne, Wasser. Wir Deutsche sind ungeheuer zurück gegenüber andern Völkern, obwohl auch bei vielen unter ihnen dieses Kulturproblem noch besser gelöst sein könnte. So kommt ein Bild zustande, das unwürdig ist eines Volkes, das sich in andern Dingen von einer Größe des Römischen gezeigt hat, die selbst Gegnern Achtung abwinnt. Zur Erläuterung des eingetragenen Fatalismus führte Redner ein Beispiel aus der Praxis an. Junge Paare, die sich trauen lassen wollen, stellt er die Frage: „Habt ihr auch eine Wohnung?“ Die stereotype Antwort lautet: „Wohnung? Nein!“ „Geld ihr Raupfater?“ „Nein!“ Es gibt in den weitaus meisten Fällen

als eine unabänderliche Selbstverständlichkeit; heutigenlans braucht man zum Erleben keine gute Wohnstätte. Die Eltern der Braut und des Bräutigams befallen die Jungverheirateten. Höchstens, daß eines deren Eltern ein Zimmer zum notwendigen Unterschlupf freimacht. Zwischen Schwager und Schwägerin, Kindern und Erwachsenen in engstem Raume spielt sich nun ihr Erleben ab. Eine junge Frau kann unter solchen Verhältnissen ihre guten Eigenschaften gar nicht entwickeln. Die Jugend hat nun einmal zahlreicher Mißschlag als das Alter. Was sie nun unternimmt, wird fälschlich betrautet und getadelt. Die Folge, die junge Frau ist stillgelähmt, noch ehe sie die Schwingen zum Fluge benutzen konnte. Die zweite Zeitanschaunngen zwingen oft die wohntwirtschaftlich Abhängigen zur Nachgiebigkeit, wo sie in vollem Recht Verständnis ihrer Anschauung erwarten dürfen. Das Tragische dabei ist, daß nicht aus großen Dingen Meinungsverschiedenheiten sich ergeben, sondern meist nur aus Kleinigkeiten. Eine weitere Folge der Zusammenpferchung ist der Geburtenrückgang. Ege Wohnraum für junge Paare geschaffen wird, nügen die härtesten Strafen bei Abtreibungsvergehen wenig, um diesen Rückgang hintanzuhalten. Wie sollten Kinder in engstem Raum seelisch und körperlich gedeihen können? Das Kindes Land ist die Wohnung. In einer stillen Ede erlebt es seinen Kindheitsraum. Dort entwickelt sich unerkant, unbewußt und unbeführt sein Charakter, sein Erleben. Kinder, die den Eltern überall und immer im Wege stehen, die das Leben der Erwachsenen miterleben müssen, werden nie ein Kindheitsglück kennen. Sie erschrecken, auch herausgerissen aus ihrem Traumland, bei harten Worten, wie solche im Erleben vorkommen. Mutter und Vater sollten Vorbild sein zum Guten. Solch eheliche Zerwürfnisse prägen sich den jungen Herzen und Gehirnen zeitweilen ein, während ihn die Berufsarbeit einige Stunden später schon meist vergessen haben. Noch empfindlicher ist die Jugend zwischen 14 und 20 Jahren. So taubhändig sie sich geben vor dem Eintritt ins Mannesalter, so tief empfinden sie. Auch sie leiden unter der allgemeinen Raumnot der Wohnungen. Mit diesem Altersklassen glaubt man am wenigsten Rücksicht nehmen zu müssen und schränkt deren Wohnraum für ältere Geschwister, die heiraten, ein. Das verdirbt sie und läßt in ihrem Gemüt einen Stachel des Überflüssigseins aufkommen. Man sieht also, der Wohnraummangel schädigt alle Lebensalter. Um ihn abzuheilen, müssen ganz andre Mittel bewilligt und benützt werden. Redner kam von einer Tagung der Bodenreformer in Würzburg. Aus einem dort gehaltenen Vortrag konnte er Vergleiche ziehen zwischen Bodenpreisen in Frankfurt am Main und Stuttgart. Ein Quadratmeter Siedlungsland kostet dort etwa 3 M.; das billige gleiche Maßes in Stuttgart 25 M. Was hier schon unübrigweise Geld verwendet werden muß beim Einfamilienheim, schleppen die Erbauer als „Erb-schuld“ ihr ganzes Leben nach. Durch die gegenwärtige Gesetzgebung kann solchen Mißständen nicht beigekommen werden. Wenn man bedenkt, daß heute noch das alte römische Recht zu Recht besteht. Daher ist ein zeitgemäßes Baualanngesetz von dringender Notwendigkeit. Die Gemeinden sollten und müßten Boden vor a r t s politisch auf weite Sicht treiben, um dem über kurz oder lang auf sie einfließenden Bodenbedarf decken zu können. Weitere Ausführungen galten der Wirtschaft im Bauen. Seine Vergleiche zwischen den Schnörkelbauten vor früher und dem sachlichen Bauen von heute konnte er wieder mit Beispielen belegen, die es jedem klar machen, wie ungewöhnlich die deutsche Grönderzeit baute. Der heutige Baustil ist fast ausschließlich arm, weil auch wir arm sind. Seine Erklärung für Kultur sagte Redner kurz zusammen. Kultur heißt edel sein und Verantwortungsbewußtsein besitzen. Dieses Problem ver-lange noch viel Erziehungsarbeit in moralischer, ästhetischer und geistlicher Hinsicht. Reichen Bessall neben dem Dant des Vorstehenden ernteten die Ausführungen. Die „Per-einsmittlungen“ flehen die ungeheure Arbeitslosigkeit erkennen, mit der wir noch immer zu kämpfen haben. Kleidung und Schuhwerk sind auf dem Geschäftszimmer willkommen, um bedürftige reisende Kollegen damit unterstützen zu können. Zu einer Notmaßnahme sah sich die Versammlung gezwungen. Reisende, die nicht mindestens die Hälfte Reisetage haben, bekommen nur noch das halbe Ortsgehalt. Diesen Beschluß erzwang das rasche Reisen durch Auto- und Motorradbenutzung, um recht viel Orte an einem Tage besuchen zu können. Noch ein Hinweis auf die Lehrlingsstellung und -höchstzahlen müßte nun ge-nügen, um nicht wieder Abschreibungen abstellen zu müssen. Ein warmer Aufruf zum reiflichen Bestehen des „Kor.“, dem einzigen schwarzen Punkt in unrem Gau, sollte doch endlich jeden Kollegen zu dem Gang auf die Post veranlassen. 12 Pf. Bestellgeld sind die einzigen Ausgaben dafür im Monat. Ein Aufruf zum Eintritt in die Volkshilfsvereine schloß sich an. Zur Maifeier richtete Kollege K l e i n nochmals Worte um reifliches Mitfeiern und Freimachen an diesem Tage.

Allgemeine Rundschau

Nachkommeneres Beispiel. Aus Anlaß der dreißig-jährigen Tätigkeit des Faktors des „General-An-ziger“ in Werder (Havel) veranstaltete die Firma G e b r u d e r u n d a einen familiären Tag, der das technische Personal, Vertreter der Handwerksämter zu Berlin und des Deutschen Buchdrucker-Vereins sowie des Fachunter-ausschusses für das Buchdruckerwerk zu Potsdam vereinte. Außerdem überreichte die Firma dem Jubilar zum Dank für treue Mitarbeit einen Gutschein für eine Nordlands-fahrt.

Meisterprüfung. Vor der Breslauer Handwerkskammer bestanden die Kollegen G r o b p i e t s c h und L a n g e aus Schwednitz die Meisterprüfung.

Sperre des schweizerischen Verbandsgebiets. Unter Hin-weis auf die Bekanntmachung untrer Verbandsvorstandes in dieser Nummer sei auch an dieser Stelle mitgeteilt, daß das Zentralkomitee des schweizerischen Typographen-bundes beschlossen hat, das schweizerische Ver-bandsgebiet zu sperren und die R e i s e u n t e r-auslösung bis auf weiteres aufzuheben. Diese Maßnahme erfolgt im Hinblick auf die bevorstehende Tarif-revision. Um Beachtung dieser Sperreverfügung werden untre Kollegen dringend ersucht. Sofort nach Abschluß der Bewegung werden die Maßnahmen wieder aufgehoben werden.

Sperre des norwegischen Verbandsgebiets. Infolge der gegenwärtigen Tarifbewegung in Norwegen ist das Gebiet des dortigen Verbandes bis auf weiteres für jeden Zugang gesperrt. Auf die entsprechende Beachtung der Bekannt-machung unter „Verbandsnachrichten“ in dieser Nummer sei an dieser Stelle hingewiesen.

Anspruch auf Gehilfenlohn während des Kampfens. Ein Buchdruckerlehrling, der den theoretischen Teil der Gehilfenprüfung nicht bestanden hatte und daher zur Ab-solvierung einer Ergänzungslehre zurückgewiesen worden war, war bei seinem Lehrherrn noch elf Wochen lang be-schäftigt und wurde als Lehrling bezahlt. Er verlangte für diese Zeit Gehilfenlohn nach den Sätzen des Buchdrucker-tarifs, während die beflagte Firma sich auf die Vorschriften für das Lehrlingswesen im Meininger Handbinder-Ver-band bezog, wonach als Gehilfe nur anerkannt wird, wer sich der Gehilfenprüfung unterwirft und sie besteht. Ar-beits- und Landesarbeitsgericht Jena haben der Bestim-mung der Handwerkskammer jedoch tarifliche Bedeutung abgeprochen und die beflagte Firma zur Zahlung des Unterliehensbetrages zwischen Lehrlingsvergütung und Ge-hilfenlohn an den Kläger verurteilt. Beide Instanzen gehen davon aus, daß der Lehrvertrag, ein sogenannter gemischter Vertrag, nach Beendigung der vierjährigen Lehrzeit automatisch in einen Arbeitsvertrag umgewandelt worden sei, auf den die tariflichen Bestimmungen Anwen-dung zu finden hätten. Unwesentlich sei dabei, ob Kläger die Gehilfenprüfung bestanden habe oder nicht. Diese Ent-scheidung ist vom Reichsarbeitsgericht am 14. Mai bestätigt worden, das zur Begründung noch folgendes ausführt: Zutreffend geht das Landesarbeitsgericht davon aus, daß nicht die Bestimmungen über das Lehrlingswesen, sondern die tarifliche Regelung aus dem Arbeitsverhältnis des Klägers anzuwenden ist. Danach kommt es nur darauf an, daß Kläger die äußerste gesetzliche Lehrzeit von vier Jahren hinter sich hatte; ob er als Gehilfe, d. h. mit Gehilfen-arbeit, beschäftigt worden ist, spielt keine Rolle.

Lehrlingsanfrage auf die graphischen Gewerbe. Die Aus-weise über die Stellenvermittlung und Inanspruchnahme der öffentlichen Berufsberatung vom 1. Juli 1928 bis 30. Juni 1929, die jetzt abgeschlossen für das Reich vor-liegen, lassen einen starken Zustrom für das Berufsfäl-lungsgewerbe erkennen. Besonders hoch war die Zahl der Ratjungen, die Buchdrucker werden wollten. Auch der weibliche Andrang war verhältnismäßig hoch. Der Nach-frage stand nur eine geringe Anzahl offener Stellen gegen-über, so daß durchschnittlich nur ein Drittel der Nachwuch-sen vermittelt werden konnte. Folgende Tabelle gewährt einen Überblick:

	Ratsuchende	Offene Stellen	Vermittelte
Schriftsetzer	3777	1669	1692
Drucker	4090	1402	1314
Schweizerbergewerke	454	207	178
Steindrucker und Lithographen	1147	428	368
Chemigraphen	247	80	64

Weiter suchten 408 weibliche Angehörigen Rat, von denen 171 vermittelt wurden. Drei Mädchen wollten Litho-graphin werden, es fehlte aber an offenen Stellen. Die Zahlen fallen geringfügig, daß es mit dem Lehrlingsmangel nicht so schlimm steht, wie es die Unternehmer behaupten. Wenn auch sicherlich ein Teil für den Beruf nicht geeignet war, für den er sich entschieden hat, so bleibt doch immer noch ein beträchtlicher Prozentsatz übrig, der wegen Über-füllung nicht unterkommen konnte. Im übrigen ist es doch eine bekannte Tatsache, daß die Unternehmer möglichst viel Lehrlinge einstellen, um die Ausgaben für den Volk-arbeiter zu sparen. Trotz angeblichen Lehrlingsmangels sind die Klagen über Lehrlingsmangel noch nicht ver-tunmt.

Erfindungen im Druckgewerbe. Nach den Ausweisen des Reichspatentamtes wurden seit Bestehen des Reichspatent-gehebes, von 1877 bis 1929, insgesamt 24 300 Erfindungen aus dem Druckgewerbe dem Reichspatentamt angemeldet. Davon erhielten rund 10 700 ein Patent, der Rest wurde zurückgewiesen, weil sie in anfänglicher Ausführung schon vor-handen waren oder nur einen geringen volkswirtschaftlichen Wert hatten. Grundständig werden solche Erfindungen, die nicht neu sind, nicht patentiert. Aus dem Druck-gewerbe gelangten 1928 1177 Erfindungen beim Reichs-patentamt zur Anmeldung, 1927 waren es 1172, im Jahre 1926 1100 und 1925 1084. Die Zahl der Anmeldungen ist in den letzten Jahren bedeutend gestiegen und erheblich höher als in der Vorkriegszeit. Im Jahre 1919 wurden nur 508 und 1923 nur 814 Erfindungen angemeldet. Während vor dem Kriege durchschnittlich 500 bis 600 Erfindungen im Jahre aus dem Druckgewerbe beim Reichspatentamt einlefen, befaßt sich heute die jährliche Durchschnittsziffer auf 1100. Darin kommt deutlich die erhöhte technische Aus-nutzung, der Fortschritt der Rationalisierung zum Aus-druck. Aber es wird auch heute immer schwieriger, auf eine Erfindung ein Patent zu erhalten. 1928 wurden von den 1177 angemeldeten Erfindungen nur 381 patentiert, 1923 von 814 Anmeldungen aber 481 und 1922 von 940 Anmel-dungen 487. Während in den ersten Nachkriegsjahren ein Drittel bis die Hälfte der Anmeldungen patentiert wer-den, hat seit Stabilisierung der Währung kaum ein Viertel Aussicht auf ein Patent. Auch hat das Reichspatentamt den Gebrauchsmusterschutz zu überwaun. Hierunter fallen kleine Neuerungen, die zwar durchaus nützlich sind, aber nur einen geringen Wert haben. Seit dem Jahre 1891, dem ersten Jahre der Eintragung, wurden aus dem Druck-gewerbe über 10 000 solcher Gebrauchsmuster angemeldet. Im Jahre 1928 wurden 891 Gebrauchsmuster angemeldet, davon wurden 556 eingetragen, 1927 betrug die Zahl der Anmeldungen 975, die der Eintragungen 555, 1926 stellten sich die Anmeldungen auf 802, die der Eintragungen auf 488. In den ersten Nachkriegsjahren war auch hier die Zahl wesentlich geringer, so 1919 463 Anmeldungen und 217 Ein-tragungen, 1920 614 Anmeldungen und 300 Eintragungen. Im allgemeinen wird etwa die Hälfte der Anmeldungen zu den Anmeldungen ist bei den Gebrauchsmustern wesent-lich größer, wobei hauptsächlich der Wert des Objekts aus-schlaggebend ist.

Eine halbe Million Pfund Linotypesatz. Einer Notiz des holländischen Fachblattes „Graphicus“ entnehmen wir fol-gende interessante Angaben: Eine große Arbeit, die 14. Ausgabe der Britischen Encyclopädie, die umfangreichste Ausgabe der Welt, ist von der Druckerei Donnelly & Sons

Company hergestellt worden. Für den Satz war die Riesenmenge von 250 Tonnen Metall, also eine halbe Million Pfund benötigt. Der Text ist vollständig gesetzt von Linotypemaschinen. Eine größere Zahl von Schriftsorten und Zeichen für fremde Sprachen waren notwendig, aber die Linotype erleichterte die Arbeit auf vielerlei Art. 7000 kleinere Druckstoffe mühten im Texte verarbeitet werden. Jeder der 24 Bände des Wertes umfasst 1000 Seiten; der Text, einschließlich des Registers, enthält 35 Millionen Wörter. Der Fortschritt der Satztechnik wird in dieser Ausgabe mit interessanten Ziffern illustriert. Die neunte Ausgabe (1899) erforderte 14 Jahre Arbeit, die letzte — eine Ergänzung mit 11 Supplementbänden — benötigte vier Jahre; die 11. (1911) wurde in sechs Jahren hergestellt; die 12. und 13. Ausgabe waren nur Ergänzungen. Die neue 14. Ausgabe, das erste Mal auf der Linotype gesetzt, konnte aber in 2 1/2 Jahren fertiggestellt werden. Mit dem Satz wurde im Jahre 1928 angefangen und mit dem Druck im Januar 1929. Die Encyclopädie berücksichtigt im allgemeinen den Stand von 1929; die letzten Daten konnten noch zwei Monate vor der Erscheinung eingeleitet werden. Die Druckerei arbeitet mit 18 Linotypemaschinen.

Unterbrochener Morbprozess. In München begann am 15. Mai die Schwurgerichtsverhandlung gegen den Buchdruckerschüler Jakob Wittgen, Sohn eines Buchdruckerbesizers in Kraunau (Rheinland), wegen Mordes. Der jetzt 25-jährige Angeklagte besuchte das Gymnasium, das Realgymnasium in Würen bis zur Untersekunda, ein Jahr lang die höhere Handelsschule in Köln, anschließend die dortige Kunstgewerbeschule und später das Technikum für Buchdrucker in Leipzig, wo er auch seine Gehilfenprüfung ablegte. Im Jahre 1928 volontierte er in der „Kölnischen Zeitung“ und kam im Februar 1929 nach München zum Besuch der Meisterschule für Deutschlands Buchdrucker. Am Schluss des ersten Verhandlungstages beschloß das Schwurgericht, nachdem die Meinungen der ärztlichen Sachverständigen über den Geisteszustand des Angeklagten wesentlich auseinandergingen, die Aussetzung der Hauptverhandlung und die Einholung eines Obergutachtens. Ob und wann der Prozess zu Ende geführt werden wird, ist unbestimmt.

Abschluß der Tarifverhandlungen für das Steindruckgewerbe. Von den Unternehmern im Lithographen- und Steindruckgewerbe war der Tarif seinerzeit gefündigt worden mit der Maßgabe, daß sie zum Abschluß eines neuen Tarifs bereit seien, wenn ihre angeleglich überaus schwierige Lage Berücksichtigung fände. Die Unternehmer spekulierten dabei auf einen Lohnabbau. Das Ergebnis der daraufhin geführten mehrjährigen Tarifverhandlungen läßt sich in die Worte zusammenfassen: es bleibt alles beim alten. Dennoch ist, wie auch die „Graphische Presse“ mit vollem Recht sagt, die restlose Abwehr aller Unternehmerforderungen angesichts der großen Arbeitslosigkeit ein Verhandlungsergebnis, das wohl zu werten ist. In einer Urabstimmung haben nunmehr die Mitglieder des Lithographen- und Steindruckerverbandes darüber zu befinden, ob der alte Tarif ein weiteres Jahr in Geltung bleiben soll oder nicht.

Kriegsopfertragung in Mainz. Die größte Kriegsopferorganisation der Welt, der eine halbe Million Mitglieder zählende Reichsbund der Kriegseingesetzten, Kriegsteilnehmer und Kriegsinterbeteiligten, veranstaltet vom 25. bis 28. Mai d. J. in Mainz seinen 5. Reichsbundestag. Den nur alle drei Jahre stattfindenden Bundestagen dieser Organisation kommt weittragende sozialpolitische Bedeutung zu. Auf dem diesjährigen Reichsbundestag werden

neben den allgemeinen Organisationsangelegenheiten wichtige sozialpolitische Probleme erörtert. Von den Referenten seien insbesondere genannt: Herr Ministerialrat Dr. Wölfling vom Reichsarbeitsministerium und der Reichstagsabgeordnete Hoffmann, Direktor des Hauptreferatsamtes Stuttgart. Am 25. Mai wird eine große Kundgebung Tausende von Kriegseingesetzten und Kriegsinterbeteiligten aus den umliegenden Gauen in Mainz zur Willensstärkung für eine bessere Versorgung und für Völkerverständigung vereinen. Der französische Kriegsteilnehmer Cassin (Paris), Professor an der Sorbonne, und der Bundesvorsitzende des Reichsbundes der Kriegseingesetzten, Pfänder (Berlin) werden zu den Massen sprechen. Die am Sonntag nachmittag in der großen Stadthalle in Mainz erfolgende eindrucksvolle Eröffnungsfest wird durch den Südwestdeutschen Rundfunksender Frankfurt a. M. übertragen.

Schädlingsbepflanzung und Desinfektion auf der Internationalen Hygieneausstellung in Dresden. Bei der immer mehr zunehmenden Bedeutung der Schädlingsbepflanzung für die Gesundheit des Menschen wie für das Volkswohl ist es nötig, daß auch der Laie die wichtigsten Gesundheitsgefährdungen und die Schäden, die sie anrichten, kennt. Die Fliege als Gesundheitsgefährdung, als Überträger von 60 verschiedenen Bakterien, wird auch heute noch nicht in ihrer Bedeutung für die Gesundheit allgemein richtig bewertet. Die Wagnispieler spielen heute besonders in den Großstädten eine große Rolle. Gibt es doch Städte, in denen ganze Straßen unter diesen Schnarraseln zu liegen haben. Auch hier ist es notwendig, daß der Laie etwas von der Lebensweise dieser Tiere kennt, um sich vor ihnen zu bewahren, um sie fernzuhalten. Ratten und Mäuse als Schädlinge der Volksgesundheit und des Volkswohlens müssen vom einzelnen wie auch von der Behörde bekämpft werden. Hat man doch errechnet, daß durch die Ratten, wenn ein Tier täglich für 14 Pfennig Erbsen anrichtet, das Volkswohlensvermögen jährlich um 250 Millionen Mark geschädigt wird. Aufgabe der Darstellungen soll es sein, die Notwendigkeit der Schädlingsbepflanzung zu erkennen und sie einzuleiten. Schädlinge sind oftmals Überträger von Seuchen, und so liegt es nahe, mit der Schädlingsbepflanzung die Seuchensbepflanzung in Form der Desinfektion zu verbinden. Was muß der Laie von der Desinfektion wissen? Das dürfte eine Frage sein, deren Beantwortung nicht von allen in der eigentlich notwendigen Weise beantwortet werden wird. Nicht nur die Schlußdesinfektion in der Desinfektionsanstalt ist wichtig, sondern besonders die laufende Desinfektion am Krankenbett ist bei Auftreten von ansteckenden Krankheiten in der Familie, in der Gesellschaft von größter Bedeutung. Einfachste Kenntnis hierüber zu erwerben, heißt sich selbst und seine Mitmenschen schützen.

Literarisches
Ausflüchtige Geschichte. Von den ältesten Seiten bis zum Jahre 1917. Von Dr. Petrovski. Aus Deutsche übertragen von A. Maslow. In kleinen Abchnen 4,50 M. Die Kenntnis der Vergangenheit ist notwendig, um die Gegenwart verstehen zu können. Zum Verständnis der russischen Frage gehört die Kenntnis der russischen Geschichte. Im Verlage der Bücher- und Guttenberg-Verlag ist das oben genannte Buch erschienen, das diese Kenntnis vermittelt, ohne für oder wider den Bolschewismus Stellung zu nehmen. In leicht verständlicher und seltener Weise wendet der Verfasser den historischen Materialismus an und zeigt, wie alle geschichtlichen Ereignisse bedingt werden durch die Veränderungen der Produktion und des Gesellschaftsbaus. Im wunderbarsten Sachstil vollt er das Stoffmaterial der russischen Geschichte auf, von der Entstehung der Wostotzschenski bis zur bolschewistischen Revolution. Jeder Leser, der Revolutionäre treten bedenklich auf, nur die ökonomischen und gesellschaftlichen Kräfte spielen das grandiose Drama, und Petrovski lehnt es ab, das Märchen nachzuerzählen, als habe

sein die bolschewistische Revolution in seinem Kosse ausgebrütet und dann in Szene gesetzt. Es ist ein Meisterwerk populärwissenschaftlicher Geschichtsdarstellung. Die großen Zusammenhänge werden klar, und oft werden Beispiele gezogen zu den geschichtlichen Ereignissen Deutschlands und seiner Länder. Am überzeugendsten ist das Kapitel über die russische Revolution. Am besten, wenn die Leser die in der Vorrede enthaltenen Empfehlungsstellen der Autor die Geschichtliche, die dazu beigetragen haben, die ganze Welt in unvorstellbarer Bewegung zu versetzen. Besonders beachtenswert, daß die Geschichtliche keine angeblichen Figuren braucht, um spannend und interessant zu sein. Sein Buch ist ein Triumph der marxistischen Erkenntnistheorie.

Briefkasten

D. St. in W. Dank für Zusendung. Es handelt sich bei dem betreffenden Inserat offenbar um einen Satzfeder („Schriftsteller“). — **D. H. in W.** In München: kein solches Inserat belegen. — **D. H. in W.** Zum Verbreitungsgebiet des „Korrespondent“ gehört auch die Schweiz. Ein ähnliches Drama ist uns nicht bekannt. — **M. R. in D.** Inf. 005: 14.10 M. — **D. H. in Freiberg:** Inf. 009: 5.10 M. — **J. S. in W.** Inf. 010: 4.65 M.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 61, Dreibundstraße 5. Fernruf: Amt Bergmannstr. 1101, 314 bis 316. Postkonto: Hauptamt Arbeiter, Angestellten und Beamten, H. G. Berlin S 14, Poststraße 65. Postfachkonto Berlin Nr. 1023 87 (B. Schweinitz).
Geldleistungen an den „Korr.“ auf Postfachkonto Berlin NW Nr. 288 10 unter „Geldabstufung des Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“. Berlin SW 61.

Sperre des schweizerischen Verbandsgebietes

Das Zentralkomitee des Schweizerischen Typographenverbandes teilt mit, daß das schweizerische Verbandsgebiet wegen der bevorstehenden Revision des Gelohnarbeitsvertrages gesperrt ist und die Kleinunternehmung bis auf weiteres gesperrt wird. Die Zahlmeisterverwalter an der Grenze haben Anweisung erhalten, Abfertigungen nach der Schweizer Grenze nicht vorzunehmen.
Der Verbandsvorsitzende.

Sperre des norwegischen Verbandsgebietes

Das Gebiet des Norwegischen Zentralvereins der Buchdrucker wird wegen einer Tarifbewegung gesperrt. Kleinunternehmung wird in Norwegen bis auf weiteres nicht abgefertigt.
Der Verbandsvorsitzende.

Adressenveränderungen

Ditrich. Vorher: Pant S a f f e, Bernsdorfer Straße 28.

Reise- und Arbeitslosenunterstützung

Köln. Auf der Ortsverwaltung Köln, Gereonshof 28, liegt ein Brief für Kollegen Bant K o s t a d a. Es wird gebeten, den Kollegen darauf aufmerksam zu machen.

Veranstaltungskalender

- Darmstadt.** Maschinenbauerverversammlung Sonntag, den 25. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (kleiner Saal).
- Dortmund.** Bezirksversammlung Sonntag, den 25. Mai, vormittags 10 Uhr, im Gasthof-Kaizer 1, Westfalenstr. 30, Bielefeld.
- Greifswald.** Bezirkstag Sonntag, den 25. Mai, abends 8 Uhr, im Volkshaus an Hagen.
- Hildesheim.** Bezirksversammlung Sonntag, den 25. Mai, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ in Hildesheim, Welfenstraße 28.
- Krefeld.** Bezirksversammlung Sonntag, den 25. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, im Restaurant Völkerei, „Zum Gelerter“, in Krefeld.
- Lanzenklau.** Bezirksversammlung Sonntag, den 25. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Zum Völkerei“.
- Planen i. B.** Bezirksversammlung Sonntag, den 25. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Schillerpark“, Kottbuser Straße 95.
- Schwerin i. M.** Bezirksversammlung Sonntag, den 25. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Marx, Wallensteinstr.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die siebenzehnjährige Millimeterhöhe für Stellengesuche und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Anzeigen

Annahmefrist: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korrespondent“ möglichst nur durch Einzuhaltung auf das Postfachkonto Berlin NW Nr. 268 10

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer
11. Bezirk (Nachtarbeiter)
 Sonntag, 1. Juni, vormittags 10 Uhr, im Restaurant „Wischkraut“ in Delfz.
Versammlung
 Tagesordnung: 1. Bericht, 2. Aufbau und Werden der „Gehag“, 3. Bericht: Stadtvorstand der „Gehag“ (d. h. d. i. d. i., Direktor der „Gehag“).
 Im Anschluß Besichtigung der Gehagbauern. Das Restaurant ist zu erreichen mit der Untergrundbahn bis Bergstraße, dann mit der Straßenbahn 6, 47, 48 und 115 bis Wulfskrug.
Elektronkliches
 scharfe Bildwiedergabe
 leichte Züchtung
 hohe Druckfestigkeit
 verlangen Sie Aufklärungsschrift und Lieferantennachweis
Pyrophor-Metallgesellschaft A.G.
 Essen-Werden
Wanderheim Oberkiesmühle
 Bad Freienwalde a. d. O.
 idyllisch im Walde am Teufelssee gelegen, angenehmer Ferienaufenthalt, gute Verpflegung, Pension 5 M. Feilz Schanker.

NORM UND FORM
 BEI GESCHÄFTSDRUCKSACHEN
100
 Musterbeispiele genormter Geschäftsdrukksachen aus einem Wettbewerb des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker
 Das Heft enthält außer Satzmustern für Briefbogen, Rechnungen, Geschäftskarten und Briefköpfe auch die hauptsächlichsten Normblätter über Vordruckgestaltung
 Ausführung: Format A4 (210:297 mm), kartoniert
 Ladenpreis 3,50 M. Organisationspreis 2,50 M. ausschließlich Versandkosten
 Illustrierte Preisliste über alle Fachliteratur und Werkzeuge kostenlos
VERLAG DES BILDUNGSVERBANDES DER DEUTSCHEN BUCHDRUCKER G.M.B.H. BERLIN SW 61, DREIBUNDSTRASSE 5, POSTBOCKHEIM, BERLIN NR. 34142

Gewerkschaftsmitglied
 denke daran Jeder Handlungshilfe oder Bureauangestellte — männlich oder weiblich — gehört in den freigewerkschaftlichen
Zentralverband der Angestellten
Altidenzgießer
 reise Kraft, an selbständiges und hohes Ansehen gewöhnt, durch seine Tätigkeit nachgehoben, in modernen Qualitätsbetrieben tätig gewesen, gegen entsprechenden Lohn sofort in Dauerstellung gesucht. Schriftliche Bewerbungen mit Zeugnisabschriften von Vereinen, die diesen Anforderungen voll entsprechen können, erbittet
W. Haag-Druggulin AG., Leipzig 3, Salomonstraße 7.
Einzelne
 Echter Linotypenpfeifer (alte Mod., Höhe usw.) sucht für alle Stände (Götteh., Wulfskrug) geeignete, langjährige Proze. Angebote erbeten unter Nr. 608 an die Geschäftsstelle des „Korr.“
Flüchtiger Monotheidegießer
 gelernter Schriftgießer, mit langer Praxis, leichte Konstellation drei Jahre, sucht für sofort oder später Stellung in Berlin. Offerten an Karl Krob, Berlin-Adlershof, Thelenstraße 7.
Jüngere Schweizerbege
 als älterer Teilhaber in eine typische Druckerei gesucht. Offerten erbeten mit Lichtbild und Lebenslauf unter Nr. 612 an die Geschäftsstelle des „Korr.“
Wichtig zur Meisterprüfung
 Heinrich Feilz
 „Der Buchdruckmeister“.
 Preis 3,50 M.
 Verlag
 des Bildungsverbandes d. D. B., Berlin SW 61, Dreibundstr. 5.

Musterblätter deutscher Altidenzarbeiten
 aus den „Graphischen Jahrbüchern“
 Eine reichhaltige Auswahl vorbildlicher Satzmuster in ein- und mehrspaltiger Ausfertigung, die jeden Gelehrten wertvolle Anregungen und Vorbilder für die moderne Druckgestaltung geben. Gegen Einlieferung von 3,40 M. auf Postfachkonto Leipzig 0021 oder Nachnahme erhältlich vom Verlag Julius Neff, Leipzig 4 1.
 „Du wiesst im Außen niemals alt, teinst Du Male ständig fast.“
Knorrs Mate (Harnia-Segner)
 Das lebensverlängernde Natronalkalisches Bismutkarbonat. Hebung des Gehirnschlagflusses und der Zellstoffigkeit. Das Garantie-Natronprodukt gegen Rheumatismus 3 Pfund brutto 5 M., 1 Pfund 2 M. (Garantie: Rückzahlung bei Allergien!)
 Frei ins Haus durch Kollegen Alfred Knorr, Dresden 2, Taschenbühlstraße 60. (Postfach 60.) Teilt Kollegenempfehlungen!

Am 5. Mai verstarb nach langjähriger Krankheit unser lieber Kollege, der Drucker
Joseph Schulte
 aus Dortmund, im Alter von 35 Jahren. [005]
 Am 10. Mai verstarb nach 20 Monate vor seinem 60-jährigen Verbandsjubiläum nach kurzem Krankheitslager der Seher
Friedrich Koch
 aus Wiesbaden, im Alter von 77 Jahren. Wir werden in den Entschlafenen ein ehrliches, treues Mitglied, der selbst nach im hohen Alter verschiedene Funktionen in unserer Organisation ausübte. Ehre seinem Andenken!
 Am 13. Mai verstarb nach neuntägiger Krankheit unser lieber Kollege, der Seher
Ewald Bauert
 aus Dortmund-Dorf, im Alter von 28 Jahren. Das Andenken der drei Kollegen wird in Ehren gehalten
 Der Bezirkverein Dortmund.
 Am 14. Mai verstarb unser lieber Kollege, der Seher
Wilhelm Müller II
 geboren am 18. April 1874 in Bielefeld a. O.
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
 Ortsverein Wiesbaden.